Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang | Sonnabend, den 5. Juli 1919 | Nummer 314 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— Mk., bei Zustellung unter Kreuzband 5,— Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 26 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Reichsregierung und ihre Spitzel.

Politische Zustände, deren man sich schämen muß, die uns vor dem Ausland so lächerlich und verächtlich machen, werden mit allen Mitteln aufrechterhalten. Und als treueste Stütze dient Militär und Polizei, als Hauptstütze aber die politische Geheimpolizei mit ihren Früchten: Verrat und Käuflichkeit. Wem nicht jedes Gefühl für Reinlichkeit, Ehrlichkeit und Treue in Rat und Tat erstorben ist, der muß sich gegen diese Zustände wenden . . .

Es ist weder ein unabhängiger Sozialdemokrat, noch ein Kommunist, der diese Worte niedergeschrieben hat. Es ist ein Rechtssozialist, der die heutigen Zustände so treffend kennzeichnet. Aber dieser Rechtssozialist hat sich nicht nur mit diesem Protest begnügt, er hat in einem ganzen Buche die Begründung für seine Schlußfolgerungen an einer Fülle von Beispielen gegeben. Und es ist nicht irgendein Rechtssozialist mit unbekanntem Namen, einer aus der großen Masse derjenigen, die gläubig hinnehmen, was ihnen ihre Führer vorsetzen, sondern es ist ein Führer selbst, der diese Worte und noch viele andere niedergeschrieben hat. Es ist Herr Eugen Ernst, derzeitiger Polizeipräsident von Berlin. Jedoch um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Herr Ernst hat dieses Buch nicht jetzt, sondern schon vor acht Jahren geschrieben. Aber wenn man es zur Hand nimmt, so glaubt man zuerst, eine Schilderung der heutigen Verhältnisse vor sich zu haben. Man glaubt, falsch gelesen zu haben, wenn man sieht, daß Herr Eugen Ernst nur über Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze bis zum Jahre 1910 berichtet.

„Wie konnte das doch unbestritten hochintelligente deutsche Volk solche Zustände tragen? Wie war es möglich, daß bei all diesen Drangsalierungen, diesen fortwährenden Provokationen nicht ein Schrei der Empörung die deutschen Lande durchbrauste, das Volk sich nicht seine Menschenrechte nahm, und wäre es auch gegen den Willen der Herrschenden?" So fragte Herr Eugen Ernst im Jahre 1911. Warum wiederholt er diese Frage nicht heute, sieben Monate nach dem Zusammenbruch des alten Systems? Er wiederholt sie deshalb nicht, weil er mit seinen Parteigenossen teilnimmt an der Wiederaufrichtung des alten Systems; weil er und seine Freunde schuldig sind an der Entwicklung von Zuständen, wie er sie in seinem Buche geschildert hat, die heute alles übertreffen, was man ehedem erlebt hat. Vielleicht aber veranstaltet Herr Eugen Ernst eine neue Auflage seines Buches, die er seinem Freunde Noske widmen könnte. Für diesen Fall stellen wir ihm das nachfolgende Material zur Verfügung.

Seit einer Reihe von Wochen wird die Oeffentlichkeit durch Nachrichten über bevorstehende Putsche beunruhigt. Diese Nachrichten, die von amtlichen Stellen verbreitet werden, tragen den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn, und wir haben von jeher betont, daß sie aus unsauberen Quellen stammen, daß sie die Produkte von Spitzeln sind, die die militärischen Stellen in allen Teilen des Reiches unterhalten.

Das Hamburger Organ der Kommunisten ist durch einen glücklichen Zufall in der Lage, einen kleinen, aber dafür um so interessanteren Einblick in den Spitzelbetrieb nehmen zu lassen.

Die Zentrale des Spitzelbetriebes befindet sich in Berlin C. 2, Burgstr. 28. Sie hat über das ganze Reich ihre Fäden ausgespannt und in allen Städten von einiger Bedeutung Zweigstellen errichtet. Die Zentrale steht in engster Verbindung mit dem Garde-Kavallerie-Schützenkorps; hier war es der Herr Baron Schenk von Schweinsburg (der inzwischen aus den Diensten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ausgeschieden ist), der der Spitzelzentrale seine Direktiven gab, die eingelaufenen Nachrichten verwertete und für ausreichende Bezahlung der dunkeln Elemente sorgte. Neben den Geldern aus Reichsmitteln werden die Spitzel noch durch reiche Spenden der Kapitalistenklasse ausgehalten. Auch die Liga zum Schutze der deutschen Kultur hat in geistiger und materieller Beziehung ihre Hände mit im Spiele.

Kommen wir zur Sache. Zwischen dem Leiter der Berliner Zentrale, Herrn Oskar Kreusch, Privatwohnung Breslauer Str. 7, und dem Leiter des Hamburger Spitzeldienstes, Herrn Fahrendorff, wohnhaft Berlin, Greifswalder Str. 7, wurden im März zwei Briefe gewechselt, die einen tieferen Einblick in die Organisation und den Aufgabenkreis des Spitzeldienstes gestatten, als dies durch unsere erläuternden Worte möglich ist.

Rechtssozialist sein, ist vom Vorteil.

Detektiv-Institut
Oskar Kreusch.

Berlin C. 2, den 25 März 1919.
Burgstraße 28
Tel. Norden 9080.

Mein lieber Fahrendorff!

Nach eingehender Rücksprache mit Herrn Baron von Schenk wird die Sache in Hamburg nunmehr folgendermaßen gerogelt:

1. Die Werbetätigkeit und Organisation der dortigen Truppen (Freiwilligenkorps) übernimmt für die G. K. D. Oberleutnant Klaaß, welcher bereits in Hamburg tätig ist.
2. Unser Nachrichtendienst wird diesem angegliedert unter Deiner Leitung; sobald die Truppe formiert ist, wird für die Nachrichtenstelle bei derselben zur Bearbeitung der eingehenden Sachen ein Offizier eingesetzt, welcher von Euch die Nachrichten in Empfang nimmt, wie hier bei der G. K. D. selbst Graf von Rödern.

Mit Kapitänleutnant von Einem kann diese Sache aus folgenden Gründen nicht gemacht werden: Der Herr steht auf rein deutsch-nationalem Standpunkt und würden wir bei dem Hervortreten seiner Person in den Kreisen des Mittelstandes und der Arbeiterschaft nicht nur auf Mißtrauen, sondern direkt auf Widerstand stoßen. Es würde sofort bei der linksradikalen Seite mit den bekannten Schlagworten: Da habt Ihr die Gegenrevolution von Rechts, gearbeitet werden.

Aus unserem Bureau, d. h. dem Nachrichtendienst, hat jede persönliche Ausnutzung politischer Ansichten ein für alle Mal zu unterbleiben. Ob die Mitarbeiter irgendeiner Partei angehören und wie sie politisch gesonnen sind, bleibt für unsere Zwecke gleichgültig, jedoch ist es ein für allemal von Vorteil, wenn sämtliche Leute auf mehrheitssozialistischem Boden und demokratischem Standpunkt stehen. Ich kann Dir nur verraten, daß unsere sämtlichen militärischen Führer in Berlin Anhänger und Mitglieder der M. S. P. D. sind und wir deshalb die Regierung und demokratische Staatsform, wie sie sich jetzt normal entwickeln wird, stützen werden.

Wenn von Einem bisher der Vermittler mit den Finanzleuten Hamburgs war, so kann er dies auch ferner bleiben. Du kannst ihn auch als solchen in irgendeiner Form und Weise beschäftigen gegen Bezahlung, denn meiner Ueberzeugung nach liegt dem Herrn hauptsächlich daran, sich eine anständige Existenz zu schaffen, daß er mit seiner Familie als Mensch leben kann. Außerdem wird Baron von Schenk sich mit einigen Hamburger Großfirmen, die er hauptsächlich kennt, in Verbindung setzen und diese für die Finanzierung unseres Unternehmens interessieren. Aus diesem Grunde, weil wir und durch die zu weit rechts stehende Person des Herrn von Einem nicht diskreditieren wollen, wird derselbe auch von der G. K. D. keine Vollmacht erhalten. Wenn die Finanziers, welche Dir die betreffenden Geldsummen zugesichert haben, eine dienstliche Bestätigung über unser Bureau wünschen, so möchten sich die Herren einzeln oder im Verein resp. durch eine Kommission an Herrn Baron von Schenk, Chef der Abt. 1c der G. K. D. in Berlin um die entsprechende Auskunft wenden. Die Herrschaften werden von dort über uns das günstigste und denkbar beste Empfehlungs- und Beglaubigungsschreiben erhalten.

Lieber Fahrendorff! Herr v. Einem möchte nach Berlin zu Herrn Baron v. Schenk zwecks persönlicher Besprechung mit Schenk selbst kommen. War heute wieder zu einer Konferenz deswegen. Besten Gruß. gez: Kreusch.

Die Oeffentlichkeit erfährt also aus diesem Briefe, daß die Spitzel auf rechtssozialistischem Boden stehen. Ob mit ihrem Herzen oder nur zum Scheine, tut nichts zur Sache. Sie halten jedenfalls die rechtssozialistische Ueberzeugung für am besten geeignet, ihre unsauberen Pläne durchzuführen. Auch die Offiziere bedienen sich mit Vorliebe dieses Aushängeschildes, und es kann jedenfalls zum mindesten als erwiesen angesehen werden, daß zwischen den Rechtssozialisten und diesen auserkorenen Herren eine gewisse Gedankengemeinschaft besteht, die sich ja schon aus der Tatsache ergibt, daß die rechtssozialistischen Blätter und Führer in ihrer Agitation gegen die unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten sich mit Vorliebe des Materials bedienen, das ihnen von diesen „zuverlässigen" Stellen geliefert wird.

Zwischen der Berliner Zentrale des Herrn Kreusch und der Hamburger Zweigstelle haben sich dann später Differenzen ergeben, die Herr Kreusch als schätzenswerter Ehrenmann durch folgenden Brief in Güte beizulegen gedachte:

Oskar Kreusch. Berlin C 2, 12. April 19.

Herrn
Fahrendorff,
Hamburg.

Habe heute mit Herrn Oberleutnant Klaaß aus Hamburg und Herrn Baron von Schenk verhandelt. Oberleutnant Klaaß war im Auftrage von Direktor Lippmann wegen Eurer Sache in Berlin und erklärte allerdings für seine Person unverbindlich zu verhandeln. Die Angelegenheit ist folgende:

Vor allen Dingen sind Differenzen dadurch entstanden, daß Ihr dort in Hamburg etwas großspurig aufgetreten seid und den Herren erklärtet, Ihr wäret von der G. K. D. und ausschließlich derselben unterstellt, und hättet mit mir nichts zu tun. Die Folge davon war die, daß auf die betreffenden Rückfragen die G. K. D. vollkommen korrekt erklärte: sie habe mit Euch gar nichts zu tun, sondern sie verhandle und arbeite ausschließlich mit mir und Ihr währet allerdings mit ihrem Wissen, im Interesse der Sache von mir nach Hamburg geschickt. Auf Grund dessen entstand selbstverständlich bei den Leuten ein Mißtrauen, daß Ihr dort Sonderinteressen verfolgt, noch dazu erwiesenermaßen Eure Berichte an drei verschiedene, jedoch miteinander Hand in Hand arbeitende Stellen von Euch gegeben wurden. Ich habe Euch von Anfang an gewarnt, laßt von solchen Sachen die Finger, Ihr wißt nie, wozu das führt. Dann begeht Du einen großen Fehler in Deinen Berichten, daß Du positive Voraussage machst, wie z. B. am 6. abends, um die und die Zeit geht es los, und dann, der Termin ist verschoben worden auf den 15. oder 16., an dem bestimmt losgeschlagen wird usw.

Mein lieber Willi! Lies Dir meine Berichte durch und lerne daraus. Du bist nie in der Lage, auf Grund von Ermittelungen, von Gerüchten, erlauschten Gesprächen oder Verhandlungen, positiv zu erklären, das und jenes geschieht dann und dann. Sage einfach: das und das ist beschlossen worden und dies oder jenes soll geschehen, und Du wirst dich nie blamieren. In Zukunft wirst Du Deine Berichte ausschließlich an Herrn Oberleutnant Klaaß geben, welcher mit dem Herrn Direktor Lippmann Hand in Hand arbeitet. Sobald das geringste bekannt wird, daß Eure Berichte unzuverlässig oder noch in andere Hände geraten, seid Ihr für Hamburg glatt erledigt. Die Mittel für die Kosten Eures Bureaus werden von Hamburg aufgebracht werden, wie bisher. Du hast bisher, was ich nicht wußte, jede angeforderte Summe erhalten und trotzdem in voriger Woche von mir noch 2000 Mk. erwartet, angeblich, weil Du kein Geld zum Ausgahlen hast. Das ist mir unverständlich.

Die Spitzel als Brandstifter.

Den Herren standen in Hamburg etwa zwei Dutzend Spitzel zur Verfügung. Neben dem Bureau Fahrendorff, das im Hotel „Bremer Hof" sein Domizil aufgeschlagen hatte, bestand in Hamburg noch ein zweites Bureau, das dem Oberleutnant Killinger unterstellt war und seinen Sitz im „Lloyd-Hotel" hatte. Beide Firmen arbeiteten in Kompagnie. Es kam aber zwischen ihnen zu Streitigkeiten, da die Spitzel sich im Nebenamt noch als Schieber betätigen und sich gegenseitig den Erlös streitig machten oder die Beute einander abjagen wollten. Um seinen unbequemen Konkurrenten, Herrn Killinger, zu beseitigen, ließ Herr Fahrendorff der Redaktion der „Hamburger Volkszeitung" auf Umwegen folgendes Schriftstück zugehen:

„Eidesstattliche Versicherung.

Ich, Günther von Hesningen, versichere hierauf an Eidesstatt, daß am 7. April 1919, 7 Uhr 45 Min. abends, Oberleutnant Killinger ins Hotel „Bremer Hof" kam. Er sprach längere Zeit mit unserem Agenten F. Kleist und darauf wurde ich in den Korridor herausgerufen, wo Kleist und Killinger mit mir sprachen. Killinger bat mich, zur Druckerei der „Hamburger Volkszeitung" herauszufahren. Ich nahm ein Auto und fuhr hinaus. Oberleutnant Killinger hatte mir außerdem angegeben:

Heute ist der Satz für ein Flugblatt zur Proklamation der Räterepublik Hamburg fertig und es werden Flugblätter gedruckt werden. Genosse Möller in der Druckerei Friedenstraße 4 soll den Satz bei sich in der Druckerei haben. Ich rekognoszierte die Gegend und die Häuser (von außen) in der Friedenstraße und zeichnete eine kleine Skizze. Das enge Haus Nr. 2 und 4 war bis auf zwei Fenster dunkel und alle Türen waren verschlossen. Ich fuhr zurück und meldete Killinger, was ich gesehen hatte, was gleichbedeutend mit Null war. Killinger

hatte versprochen, um 11 Uhr 15 Min. oder 11 Uhr 30 Min. wieder im Lloyd-Hotel zu sein. Killinger gab mir für die Autofahrt und sonstige Ausgaben 50 M., von welchen er mir vorschrieb, keine Abrechnung zu geben. Ich bezahlte das Auto mit 30 M. und fuhr nach dem „Bremer Hof". Den 9. April, 7 Uhr abends, teilte mir der Portier des Lloyd-Hotels mit, Killinger sei von Zimmer Nr. 236 heute morgen vom Hotel ganz ausgezogen.

(Baron Heyninger, gen. Hüne.)

Handschriftlich unterschrieben:

Günther Baron Heyninger, gen. von Huene."

Unsere Leser werden sich noch erinnern, daß in der Nacht vom 7. zum 8. April in die Druckereiräume der „Hamburger Volkszeitung" ein Einbruch verübt wurde, wobei die Setzerei zerstört, die Druckmaschinen beschädigt und große Papiervorräte verbrannt wurden. Baron von Heyningen, gen. Hüne, hat, wie aus seiner eidesstattlichen Versicherung hervorgeht, auf Befehl des Oberleutnants Killinger die Vorbereitungen zu diesem Ueberfall getroffen. An dem Einbruch, der Brandstiftung und den Diebstählen in der Druckerei hat sich Herr von Heyningen, wie wir zu seiner Rechtfertigung betonen wollen, jedoch nicht beteiligt. Das war vielmehr das ausschließliche Werk des Herrn Killinger und seiner allervertrautesten Freunde, und wenn sich die Hamburger Staatsanwaltschaft für die Sache interessieren sollte, können wir ihr aus eigener Erfahrung noch mitteilen, daß Herr Fahrendorff vor einigen Wochen noch versichert hat, er könne Herrn Killinger des Verbrechens des Einbruchs, der Brandstiftung und des Diebstahls unter seinem Eid beschuldigen.

Sie leben auf großem Fuße.

Doch weiter. Die Hamburger Spitzel haben allesamt auf größtem Fuße gelebt. Von den spezialisierten Rechnungen wollen wir nur die Gesamtaufstellung wiedergeben, die die Zeit vom 23. März bis 4. April umfaßt:

Gesamtausgaben:

Liste 1	Mk.	3 685,—
„ 2	„	2 365,—
„ 3	„	3 080,—
„ 4 (a u. b)	„	485,—
„ 5	„	416,—
„ 6	„	404,—
„ Bureau-Mat.	„	22,50
„ 7.	„	317,50
Summa:	„	10 765,—

Kreusch und Fahrendorff sind jedoch durch eigene Ausgaben so sehr in Anspruch genommen worden, daß sie ihren Verpflichtungen den Angestellten gegenüber nicht immer ganz nachzukommen vermochten. Zehn dieser Patrone strengten deshalb am 7. Mai vor dem Hamburger Gewerbegericht gegen die Firma Kreusch u. Fahrendorff eine Klage an und verlangten von ihren Arbeitgebern für „rückständige Löhnung" die hübsche Summe von 15 337,50 M. Die Klage ist leider nicht zur Durchführung gekommen. Aufschluß darüber gibt das folgende Schreiben:

Berlin, 16. 5. 1919.

Herrn Rauch, Hamburg.

Wir, Endesunterzeichneten, erklären hiermit, daß wir uns an der von Ihnen eingereichten Klage gegen das Bureau Kreusch-Fahrendorff in Hamburg nicht beteiligen und unsere Unterschrift zurückziehen, und zwar aus dem Grunde, weil Ihre Behauptungen und die Behauptungen Ihrer Genossen nach näherer Prüfung der Sachlage weder den Tatsachen entsprechen, noch sonst in irgendeiner Weise oder Form unserer Ansicht nach gerechtfertigt sind. Aus welchem Grunde Sie und Genossen uns quasi unsere Unterschriften abpreßten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, ist nicht anders zu erklären, als daß sich persönlich noch schnell einmal unrechtmäßige Vermögensvorteile, wie solches ja bereits geschehen ist, verschaffen wollen. Wenn Sie und Genossen nicht gewesen wären und Herrn Fahrendorff nicht so betrogen hätten, und sich die Hände gewaschen hätten, könnte das Bureau noch heute in Hamburg bestehen.

Wegen der vorgekommenen Schiebungen mit allen möglichen strafbaren Gegenständen ist bereits bei der Staatsanwaltschaft gegen Sie und Genossen das Nötige veranlaßt worden. Wir haben bereits diesbezügliche eidesstattliche Versicherungen abgegeben, welche Ihr und Ihrer Genossen Lügengewebe vor Gericht sehr bald klarlegen werden.

Wir zeichnen mit gebührender Hochachtung

gez.: Peter Metz jr.
„ Baron G. Heyningen gen. v. Huene
„ Fritz Thiem
„ W. Nikodem
„ Hans Wecks.

Ein unausgeführtes Attentat.

Herr Baron von Heyningen ist also in die Arme des Herrn Fahrendorff zurückgekehrt. Er hat Verbindungen nach Holland gesucht und dabei erfahren, daß gegen Wilhelm II. ein Attentat verübt werden soll. Der Bankier Vogeler zahlte für die Auskundschaftung dieses Planes 5000 M., als sich das Attentat aber durchaus nicht zutragen wollte, verlangte Herr Vogeler von Fahrendorff das Geld durch folgendes Schreiben zurück:

Hamburg, 21. Mai 1919.

Herrn Wilhelm Fahrendorff,

Hier.

Da Sie trotz Ihres Verpflichtungsscheines vom 17. cr. mir die Ihnen für eine Reise eines Ihrer Leute nach Holland gegebenen, aber nicht für diesen Zweck verwandten

5000 Mark

heute nicht zurückgezahlt haben, so fordere ich Sie hierdurch nochmals auf, mir diesen Betrag bis morgen, Donnerstag, den 22. cr., Mittags 12 Uhr, zurückzuerstatten, andernfalls ich die Folgen der gegen Sie von anderer Seite erstatteten Anzeige nicht länger inhibieren kann.

Achtungsvoll

gez.: J. H. Vogeler.

Herr Fahrendorff hatte jedoch inzwischen das Geld schon verpufft. Auch telegraphische Aufforderungen vermochten es nicht, die Scheine wieder in die Bank des betrübten Herrn Vogeler zu zaubern.

Verbindung mit der Mörderzentrale.

Die Herrschaften haben auch in Verbindung mit der Berliner Mörderzentrale gestanden, über die im Ledebourprozeß einige Aufschlüsse gegeben worden sind. Die Aufgaben dieser Zentrale, deren Leiter und Urheber im Ledebourprozeß leider nicht ins volle Licht gestellt werden konnten, weil das Gericht alle Fragen der Verteidiger über diesen dunkelsten Punkt der deutschen Revolutionsgeschichte kurzerhand abschnitt, sind bekannt. Die Mörderzentrale läßt Männer, die in der Arbeiterbewegung eine führende Rolle spielen, und sich bei den Feinden der Revolution besonders verhaßt gemacht haben, verhaften, es folgt dann der Transport im Auto, der bekannte Fluchtversuch und das Erschießen. In Hamburg war Laufenberg dieses Schicksal zugedacht. Baron von Heyningen bespitzelte tagelang seine Wohnung, sandte Berichte an die Berliner Zentrale, und diese stellte bereits das Auto und die Begleitmannschaften bereit, um ihr Opfer zu entführen. Darüber geben folgende Telegramme einige Auskunft:

Berlin, 12. 3. Erbitte sofort Adresse des Kapitänlt. v. Einem für G.-K.-Sch.-D. Drei Herren fahren heute abend ab.

Kreusch.

Kapitänleutnant v. Einem gen. Rothmaler wohnt in Hamburg, Fernsicht. Er nennt sich in seiner Spitzeltätigkeit Rothmaler der Botzähler.

Hamburg, 17. 4. 19. Wilson nicht gesprochen, erst morgen früh. An Kleist, „Bremer Hof", Amsinckstraße 12.

Berlin, 17. 4. Lipp sofort sagen, 1 Mille, 200 nach hier per Draht senden für bewußte Sache, dann Fahrzeug hier erhältlich.

(Kleist ist einer der Spitzel, die im „Bremer Hof" einquartiert waren.)

Hamburg, 18. 4. Angelegenheit verschoben, Lage ungünstig, wegen Fahrzeug Fühlung behalten, damit jederzeit zur Verfügung.

Fritz.

Wegen Ungunst der Verhältnisse mußte die Sache also verschoben werden, man habe sie aber keineswegs aus dem Auge verloren, wie folgender Bericht zeigt:

In dem Hotel „Elbschloßbräu" wo viele K.P.D.-Leute verkehren, fand ich, daß die Stimmung gegen mich sich sehr zu meinen Gunsten gebessert hat. Daselbst waren Leute vom Sp.-Bureau und keiner hegte mehr Mißtrauen gegen mich. Ich beabsichtige, mit Laufenberg in nahe Fühlung zu treten und ihn dann nach Möglichkeit baldmöglichst nach Berlin zu bringen.

gez. Baron Günter Heyningen gen. v. Huene."

Damit wollen wir dieses dunkle Kapitel deutscher Revolutionsgeschichte für heute schließen. Was wir gaben, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem riesigen Tätigkeitsgebiet jener Kreise, die mit Wissen und Willen der Regierung und der militärischen Stellen seit Wochen und Monaten durch ihre verlogenen Berichte die öffentliche Meinung beunruhigen und tyrannisieren. Zur Ausübung ihres schmutzigen Handwerks von hohen Auftraggebern angetrieben, ist von ihnen unser politisches Leben völlig vergiftet und der Boden für so und soviel Putsche und politische Morde vorbereitet worden. Ueber die moralische Qualifikation dieser Leute braucht kein Wort gesagt zu werden. Jedoch ist Hamburg nur ein Beispiel. Denn derartige Elemente laufen zu Tausenden in ganz Deutschland herum, werden von der Regierung „der freiesten Republik der Welt" bezahlt, und ihre Berichte bilden die Basis für den Kampf gegen die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft. Kein Wunder, wenn die Regierung dabei völlig in den Sumpf geraten ist.

Die Berliner Zentrale und ihre Helfer.

Zu der obigen Darstellung wird uns aus gutunterrichteter Quelle noch folgendes mitgeteilt:

In der Burgstraße 28, Zimmer 46/48, befindet sich die Zentral-Nachrichtenstelle der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Diese wird geleitet durch den Oberspitzel Oskar Kreusch. In seinem Dienste befinden sich etwa 20—25 Spitzel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. Diese Leute, teils Offiziere, teils unehrliche Elemente, die meist schon mit Gefängnis bestraft sind, werden von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division wöchentlich mit 180 Mark gelohnt und bekommen außerdem noch wöchentlich etwa 200 Mark Spesen. Die Spitzel sammeln tagsüber alle erdenklichen Nachrichten, um sie dann abends durch Kreusch der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Hauptmann Pabst, Rittmeister v. Färber, vorzulegen.

Die Namen dieser Regierungsspitzel sind: Leutnant Juras, auf dessen Aussagen hin der Sohn der Portierfrau, Burgstr. 30, erschossen worden ist; Unteroffizier Drucker, der für seine Heldentaten während der Märzunruhen zum Unteroffizier befördert worden ist; Fahrendorf, der seinerzeit den Roten Soldatenbund bespitzelt hat und ihn im Verein mit noch einigen Elementen in der Weberstr. 17 ausheben ließ.

Zuletzt hatte Fahrendorf eine Nachrichtenzentrale der Garde-Kavallerie-Schützendivision in Hamburg. Hier standen ihm ungefähr 10 Leute zur Verfügung, die mit einem Tagesgehalt von 20 M. und 35 M. Spesen pro Tag von der Garde-Kavallerie-Schützendivision bezahlt wurden. Durch Unterschlagung, Erpressung wurde er pro forma abgesetzt, doch wird er, soviel bekannt ist, von seinen Gönnern weiter unterstützt.

Kapper und ein Matrose (Deutschrusse), dessen Namen noch nicht bekannt ist, haben den Auftrag, die polnischen Verbände und Vereine zu bespitzeln. Ein gewisses Fräulein Franke, früherer Zögling einer Zwangserziehungsanstalt, stand ebenfalls in Diensten dieses Herrn Oskar Kreusch, resp. der Garde-Kavallerie-Schützendivision; sie ist aber wegen zu scharfen Auftretens abgeschoben worden. Böhmer leitet im Verein mit Juras Haussuchungen und Verhaftungen; Moses Slownik wird seit einigen Tagen als Deckmantel dieser falschen Nachrichtenzentrale benutzt. Fuchs, der früher Mappenschreiber im Marstall war, arbeitet mit Junge und noch einigen Matrosen zusammen und ist auch der Berichterstatter der Lichtenberger Affäre. (Die Erschießung der 60 Schutzleute von Lichtenberg.)

Außerdem sind während der Zeit, in der die Unruhen in Magdeburg, Braunschweig und München waren, unter Führung eines gewissen Schünermann sechs Mann dem General Maercker zur Verfügung gestellt worden mit dem Auftrage, dort Mitglieder des Spartakusbundes und Leute der Unabhängigen Partei zu verhaften oder wenigstens zu verhüten, daß dieselben vor Eintreffen der Truppen verschwinden.

Leider ist es diesen Spitzeln gelungen, viele unbeteiligte Personen hinter Schloß und Riegel zu bringen. Schürer und Schaal hatten eine Zentrale in Breslau, standen dem 6. A.-K. zur Verfügung und wurden von Kreusch im Auftrage der G.-K.-Sch.-D. gelohnt. Beide sind seit einiger Zeit aus dem Bureau verschwunden und sollen ihre Tätigkeit in Hamburg wieder aufgenommen haben. Auf irgendeine Mitteilung dieses Kreusch an die G.-K.-D., daß eine x-beliebige Person sich durch Reden oder sonstiges Gebahren verdächtig gemacht hat, wird dieselbe sofort verhaftet. Sämtliche Haussuchungen, auch die im Bureau des Vollzugsrats, sind von diesem Spitzelbureau ausgegangen. Ein Angehöriger der U.S.P., welcher mit Schaal in der Zentrale in Breslau tätig war, dessen Name aber wegen seines falschen Spiels in der Breslauer Parteizeitung veröffentlicht wurde, steht jetzt ebenfalls im Dienste des Kreusch im Auftrage der Garde-Kavallerie-Schützen-Division.

Da diese Leute in den verschiedenen Weinrestaurants ihr Geld verprassen und nicht wissen, was sie berichten sollen, schicken sie die unglaubwürdigsten Berichte der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu, die sie als amtliche Nachrichten weitergibt. Ordonnanz Kropp, der seinerzeit die Gelder für Kreusch von der G.-K.-Sch.-D. holte, ist, nachdem er 2000 Mark unterschlagen hatte, entlassen worden und befindet sich jetzt in Leipzig.

Verschärfung des Eisenbahnerstreiks.

Ausdehnung des Streiks über ganz Westdeutschland?

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Hannover, 4. Juli 1919.

Gestern fand in Hannover eine Verbandsversammlung der Eisenbahner für Hannover und Umgegend statt, in der beschlossen wurde, in den einzelnen Betrieben Urabstimmungen vorzunehmen. Diese Abstimmungen fanden heute statt und ergaben eine ungeheure Mehrheit für den Streik, der heute abend 6 Uhr beginnt. Diesem Streik werden sich die Direktionsbezirke und Betriebswerkstätten Magdeburg, Bielefeld, Dortmund, Essen und kleinere Orte anschließen. Wahrscheinlich wird sich der Streik über ganz Westdeutschland ausdehnen.

Die Lage in Hannover ist kritisch. Es stimmten 5083 für den Streik, 2600 gegen den Streik, während sich 151 der Stimme enthielten.

Der Frankfurter Eisenbahnerstreik.

Frankfurt a. M., 4. Juli.

Der Eisenbahnerstreik dauert mit unverminderter Heftigkeit fort. Der Reiseverkehr für Zivilpersonen hat bereits zu Unzuträglichkeiten aller Art geführt. Der Hauptbahnhof steht unverändert unter strengster Kontrolle der Streikenden. Der Verkehr ruht vollkommen mit Ausnahme der Lebensmittelzüge und der Fahrten ins besetzte Gebiet. Die Reisenden, die über die notwendigen Mittel verfügen, fuhren gestern im Automobil nach Darmstadt, um von dort aus zu fahren. Da auch die Arbeiter der Main—Neckarbahn sich der Bewegung angeschlossen haben, mußte man die Automobilfahrten bis nach Heidelberg ausdehnen, um dann mit der Eisenbahn weiterfahren zu können. Unternehmer haben einen Automobilverkehr in die Umgebung eingerichtet.

Noch keine Einigung!

Verhandlungen vor dem Vollzugsrat.

Die Verhandlungen vor dem Vollzugsrat zwischen den streikenden Straßen- und Hochbahnangestellten und den Unternehmern sind nach siebeneinhalbstündiger Verhandlung resultatlos verlaufen. Die Unternehmer erklärten zunächst, daß die Arbeit bedingungslos aufgenommen werden müsse aber die Arbeit wieder aufgenommen werden. Auch schien, als ob die Verhandlungen völlig scheitern würden.

Später erklärten die Unternehmer, daß der Hauptschlichtungsausschuß am 22. Juli zusammentreten sollte, um über die strittigen Fragen zu beraten, vorher müsse aber die Arbeit wieder aufgenommen werden. Auch dieser Lösung widerstrebten die Vertreter der Angestellten. Sie verlangten eine sofortige Einberufung des Hauptschlichtungsausschusses. Damit erklärten sich schließlich die Unternehmer einverstanden. Sie gaben im Anschluß daran folgende Erklärung ab:

1. Die Arbeitnehmer nehmen die Arbeit wieder auf.

2. Die Arbeitgeber erklären sich damit einverstanden, daß mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse die strittigen Fragen schon jetzt erneut dem Hauptausschuß, der den Spruch vom 24. Juni gefällt hat, unterbreitet werden.

3. Beide Parteien erklären sich bereit, den neu zu fällenden Schiedsspruch als endgültig bindend anzuerkennen.

Die Vertreter der Streikenden erklärten:

1. Daß sie sich das Recht vorbehielten, in den Hauptausschuß drei neue Vertreter hineinzuwählen.

2. Daß sie nicht in der Lage seien, den Spruch des Hauptschlichtungsausschusses als in jedem Falle bindend anzuerkennen. Sie seien vielmehr nur in der Lage, ihren Auftraggebern die Annahme des Schiedsspruches zu empfehlen.

3. Die Arbeit könnte erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Verhandlungen ein endgültiges Resultat ergeben hätten.

Die Beratungen, die diesen Erklärungen folgten, haben dann kein weiteres Resultat gezeitigt, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß der Schlichtungsausschuß schon in nächster Zeit, vielleicht schon im Laufe des morgigen Tages, zusammentreten wird, und daß ein Beschluß zustande kommt, der den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen wird. Insoweit hat dank der umsichtigen Leitung der Verhandlungen durch den Vollzugsrat eine Annäherung zwischen beiden Parteien stattgefunden, wobei die Unternehmer sichtlich zu Konzessionen zugunsten der Streikenden veranlaßt worden sind.

*

Wie bei dem Eisenbahnerstreik das Wolffsche Telegraphenbureau eine Reihe von unwahren Meldungen verbreitet hat, so verbreitet dieses Bureau jetzt auch über den Straßenbahnerstreik unrichtige Meldungen. So wurde gestern in einer Notiz, von uns in der Freitag-Morgenausgabe wiedergegeben, behauptet, die Bureauangestellten der Großen Berliner Straßenbahn hätten am Donnerstag im Gewerkschaftshause nach einem Vortrag des Syndikus der Gesellschaft, Dr. Moser, der ihnen den Kontraktbruch nachgewiesen hätte, beschlossen, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wie uns vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands mitgeteilt wird, entspricht diese Meldung nicht der Wahrheit. Herr Moser hat wohl in der Versammlung das Wort ergriffen und versucht, den Angestellten den Kontraktbruch des Arbeiterpersonals nachzuweisen, es wurde ihm jedoch aus den Kreisen der Versammlung heraus gesagt, daß die Gewerkschaften in dem Verhalten der Straßenbahner einen Vertragsbruch nicht erblicken könnten.

Das Resultat der Abstimmung war sehr zweifelhaft. Für den Abbruch des Streiks stimmten 104, für Fortsetzung waren 148.

ungültig 4 Stimmen. Es fehlten somit nur 28 Stimmen für die verlangte Zweidrittelmajorität. Dieses Resultat konnte nur deshalb erzielt worden, weil an der Abstimmung etwa 100 Personen nicht beteiligt waren. Die Gewerkschaftsvertreter haben in Rücksicht auf das Abstimmungsergebnis eine Weiterführung des Sympathiestreiks nicht gutheißen können, die Versammlung brachte aber zum Ausdruck, daß sie nicht die berufene Instanz sei, den Arbeitern Vertragsbruch vorzuwerfen. In einer Resolution wurde ausdrücklich betont, daß der Abbruch des Sympathiestreiks nur deshalb erfolge, weil eine weitere Fortsetzung ohne Einfluß auf den Verlauf des Gesamtstreiks sei. Den Streikenden wurde ausdrücklich die vollste Sympathie ausgesprochen.

*

Ein Teil der technischen Angestellten der Omnibus-Gesellschaften in den Werkstätten Köpenicker Straße, die sich bis jetzt dem Streik noch nicht angeschlossen hatten, hielten gestern eine Versammlung ab, die sich mit großer Mehrheit für Eintritt in den Streik entschloß. Von heute an befinden sich daher sämtliche Angestellten der Omnibusgesellschaften im Ausstand.

Noch keine Ruhe bei den Eisenbahnern.

Am gestrigen Freitag vormittag fand eine Sitzung der Eisenbahnarbeiter- und Beamten-Räte des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin statt, die sich sehr eingehend mit dem abgelaufenen Streik beschäftigte und zu dem daraus entstandenen Verhältnis Stellung nahm. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine neue Sitzung einzuberufen, an der die Vertreter aller Organisationen teilnehmen sollen, und in der man Klarheit schaffen will über folgende Fragen: Entlassung der überflüssigen Arbeitskräfte bei der Stadtbahn; Rentabilität des Eisenbahnwesens; Stellung zu den vorgekommenen Maßregelungen, den kommunistischen Flugblättern sowie die Stellung der Organisation zu wilden Streiks. Das Hauptbestreben der Einberufer, so versichern die Arbeiterräte der drei größten Organisationen, wird die Schaffung einer Einheitsfront bei kommenden Streiks sein.

Emonts geflohen!

Die Auslieferung an die Engländer beabsichtigt?

Der erste Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Emonts, der vor einigen Tagen verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis überführt worden ist, ist am Freitag nachmittag geflüchtet. Emonts hatte von der Staatsanwaltschaft die Genehmigung erhalten, an den Sitzungen des Schlichtungsausschusses in den Tarifverhandlungen der Banken und Bankbeamten teilzunehmen. Zu den Sitzungen wurde er aus dem Untersuchungsgefängnis durch Transporteure geleitet, die ihn nach Schluß der Verhandlungen nach dem Untersuchungsgefängnis zurückbrachten. So nahm Emonts auch am Freitag an der Sitzung teil und entfernte sich plötzlich aus dem Saal, ohne wieder dorthin zurückzukehren. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Emonts geflüchtet ist.

Der Verteidiger Emonts, Rechtsanwalt Dr. Halpert, hat, zugleich im Namen seines Mitverteidigers Dr. Theodor Liebknecht, sofort folgende Eingabe an das Justizministerium gemacht:

„In der Strafsache gegen Emonts ist mir bekannt, daß das Justizministerium sich mit der Verhaftungsfrage befaßt hat, wenn ich auch den Namen des Dezernenten nicht anzugeben weiß. Daher fühle ich mich verpflichtet, das, was ich soeben erfahren habe, sofort dem Justizministerium zur Kenntnis zu bringen: Als heute Freunde dem Herrn Emonts eine Flasche Wein zum Zwecke der Stärkung übergeben wollten, wurden sie von den Transporteuren mit Recht darauf hingewiesen, daß zur Entgegennahme die Genehmigung des Gefängnisdirektors erforderlich wäre. Infolgedessen sollen sich die betreffenden Herren an das Untersuchungsgefängnis gewendet und dort die merkwürdige Auskunft erhalten haben, daß Emonts in den nächsten Tagen in das besetzte Gebiet nach Köln abtransportiert werden würde. Als Emonts diese offen im Untersuchungsgefängnis abgegebene Erklärung überbracht erhielt, hat er, um jedem Abtransport ins besetzte Gebiet zu begegnen und einer Auslieferung an bzw. Gefangennahme durch die Engländer, die ihn schon längst suchen, vorzubeugen, es seinerseits vorgezogen, sich aus eigener Initiative in Sicherheit zu bringen. Wie ich ferner höre, ist Emonts jederzeit bereit, sich freiwillig zu stellen, sobald er seitens der Regierung die bindende Zusage erhält, daß er nach dem besetzten Gebiet nicht abtransportiert wird und damit der Gefahr der Gefangennahme durch die Engländer nicht ausgesetzt werden würde. Emonts verbindet mit seiner Flucht nicht den Zweck, sich dem zuständigen Richter zu entziehen. Seine Flucht ist eine vorbeugende Maßnahme gegen die ihm mitgeteilte behördliche Maßnahme, welche die Kompetenz des deutschen Richters zugunsten des englischen Kriegsgerichts ausschaltet und Emonts der Gefahr des englischen Standrechts auf Gnade und Ungnade aussetzen würde."

Die Beschwerde abgelehnt.

Berlin, 4. Juli.

Die Strafkammer hat die von Emonts eingelegte Beschwerde gegen seine Verhaftung abgelehnt.

Noch keine Auflösung der Nationalversammlung.

Eine offiziöse Kundgebung der Regierung wendet sich gegen eine Entschließung des Vorstandes des Landesverbandes Mittelschlesien der Deutschnationalen Volkspartei und gegen Aeußerungen der „Kreuzzeitung", die sich gegen die weitere Tagung der Nationalversammlung, die ausschließlich zur Fertigstellung der Verfassung gewählt sei, gewandt hatten. Die amtliche Kundgebung bestreitet unter Hinweis auf § 1 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, daß die Nationalversammlung nur zur Fertigstellung der Verfassung da sei und dann sofort verschwinden müsse. Es sei vielmehr auch die Aufgabe der verfassunggebenden Nationalversammlung, auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen, zu denen „in Uebereinstimmung aller zuständigen Stellen" u. a. der Friedensvertrag und die neuen Steuervorlagen gehören. „Es ist die selbstverständliche Absicht der Reichsregierung — heißt es in der Kundgebung weiter — die Tätigkeit der Nationalversammlung nach Abschluß dieser dringenden Arbeiten für beendet zu erklären und dann unverzüglich die Wahlen zum ersten Reichstag anzuberaumen."

Die Antwort der Regierung kann nicht als befriedigend angesehen werden. Die Berufung auf § 1 des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt ist unangebracht, denn nach dem Sinn dieses Gesetzes handelt es sich lediglich um dringende Reichsgesetze, die während der Abfassung der Reichsverfassung Erledigung heischen. Jeder Versuch, das Gesetz anders zu interpretieren, würde nur darauf hinauslaufen, die Lebensdauer der Nationalversammlung, die schon längst nicht mehr die wahre Stimmung der Bevölkerung widerspiegelt, künstlich zu verlängern. In Wirklichkeit hat die Nationalversammlung, nachdem der Friedensvertrag angenommen und die Verfassung ausgearbeitet ist, keine Existenzberechtigung mehr und muß unverzüglich aufgelöst werden. Die hinhaltende Antwort der Regierung, aus der die Angst vor den Neuwahlen deutlich hervorblickt, ist nicht geeignet, das Vertrauen zu ihr und zur Nationalversammlung in der Bevölkerung zu verstärken.

Parteigenossen!

Wollt Ihr, daß die „Freiheit" alle ihr gestellten Aufgaben lösen kann, daß sie nicht nur die gelesenste sozialistische Tageszeitung, sondern die gelesenste Zeitung überhaupt wird und technisch und inhaltlich immer weiter vervollkommnet wird?

Dann müßt Ihr Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" werden, Anteilscheine in großer Zahl erwerben und dauernd dafür arbeiten, daß alle Parteigenossen Eurem Beispiele folgen.

Nur unablässige Agitation

für den Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit" und für die Zeichnung von Anteilscheinen

schafft die Möglichkeit zur Erreichung unserer Ziele!

Die Räumung Rigas.

Königsberg i. Pr., 4. Juli.

Der oberste Stab der baltischen Landeswehr in Riga teilt mit:

Die Kampfhandlungen der lettischen und estnischen Truppen haben am 2. Juli ihren Abschluß erreicht. Es ist ein Waffenstillstand zu folgenden Bedingungen geschlossen worden: Die reichsdeutschen Truppen und die Landeswehr verlassen bis 5. Juli Riga. Die Esten bleiben in ihrer jetzigen Stellung Mühlgraben—Stintsee—Jaegelsee. Die Stadt wird von lettischen Truppen besetzt. Ueber die Ausführung wird weiter verhandelt.

Was längst vorausgesehen werden konnte, ist nun eingetreten: die deutschen Truppen, die an die baltischen Barone verschachert wurden, müssen nun einen schimpflichen Rückzug antreten, nachdem Hunderte von Menschenleben für das verbrecherische Abenteuer im Baltikum geopfert worden sind. Weder die Massenhinrichtungen, noch das Standrecht, das General von der Goltz über Riga verhängte, haben den Zusammenbruch aufhalten können. Der Terror der reichsdeutschen und deutsch-baltischen Truppen hat vielmehr bewirkt, daß Letten und Esten sich vereint den Deutschen entgegenstellten und gemeinsam die Soldknechte der baltischen Junker aus dem Lande jagten. Das Freundschaftsverhältnis, das die deutschen Soldatenräte in den ersten Revolutionsmonaten zu der Bevölkerung Lettlands herstellten, ist durch die verbrecherische Politik des Finnlandhenkers von der Goltz, des Vertrauensmannes der baltischen Junker und reichsdeutschen Konterrevolutionäre vernichtet worden. Eines der trübsten Kapitel der deutschen Auslandspolitik findet seinen entsprechenden Abschluß.

Die Unruhen im Westen.

In der „Kölnischen Zeitung" wird über die Ursachen der Unruhen in einer ganzen Anzahl von Orten Rheinland-Westfalens folgendes ausgeführt:

Die Unruhen und Plünderungen in mehreren Städten des Industriegebietes sind auf zwei Ursachen zurückzuführen. Die Preise für Gemüse und Obst haben allenthalben eine unerträgliche Höhe erreicht. Sie betragen mehr als das Doppelte der Preise im Vorjahre. Unwillen und Empörung über diese Preisentwicklung und Verzweiflung über die Endlosigkeit der Not des Volkes herrschen unter der Bevölkerung. Wie ein Flugfeuer griffen in den letzten Tagen die Unruhen und Lebensmittelplünderungen von Stadt zu Stadt über. Von Münster nach Bielefeld und dann nach Bochum und Dortmund und jetzt nach Essen.

Ganz im übelsten Polizeistil dagegen ist folgende Meldung abgefaßt:

T. U. Düsseldorf, 4. Juli.

Die Angriffe auf Regierungstruppen und Schutzleute nehmen hier kein Ende. Wie der militärische Befehlshaber bekannt gibt, sind in den letzten Tagen wieder Regierungssoldaten und Schutzleute mit Schußwaffen teilweise tödlich verletzt worden. Es würden demnächst schärfere Maßnahmen zu ergreifen sein, besonders gegen Personen, die im Besitz von Waffen seien. Die bereits erfolgte Genehmigung zu einem Vortrag mit Lichtbildern über die Revolution in Berlin wurde zurückgezogen.

*

Hamm i. Westf., 4. Juli.

Im Laufe des gestrigen Tages kam es auch hier zu Plünderungen. Auf dem Wochenmarkt sammelte sich eine erregte Menschenmenge an. Zu Ausschreitungen kam es jedoch hierbei nicht. Nachmittags plünderte eine Anzahl Matrosen ein Waffengeschäft. Die Polizei, die dies verhindern wollte, wurde entwaffnet und mehrere Beamte mißhandelt. Darauf zog die Menge zu dem Kaufhaus Gebrüder Arnsberg und raubte dieses sowie mehrere andere Manufakturwarengeschäfte aus. Auch das Gefängnis wurde gestürmt und 80 Gefangene daraus befreit. Von den Plünderern wurden 17 Mann verhaftet, mehrere Personen wurden verwundet. Abends 9 Uhr zogen Regierungstruppen ein.

Die Offiziersfronde.

Amsterdam, 3. Juli.

Der Berliner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad" hatte eine Unterredung mit dem Chef des Stabes des Generals v. Lüttwitz, Major v. Stockhausen, in welcher dieser u. a. erklärte, nach der Ansicht des Offizierskorps sei die deutsche Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zu weit gegangen. Die Offiziere hofften noch immer, die Entente werde rechtzeitig einsehen, daß sie von der Forderung der Auslieferung ihrer Führer absehen müsse, wenn sie nicht haben wolle, daß die Offiziere sich aus der Reichswehr zurückziehen, wodurch in Deutschland ein Chaos entstehen würde. Die Offiziere seien auch nicht mehr bereit, die Regierung, sobald sie ihr über die Unruhen in Hamburg und die Streikgefahr in und um Berlin hinweggeholfen haben, weiter zu unterstützen. Wenn kein Wunder geschehe, müsse es bald zu einem Konflikt kommen.

Notiz des W. T. B.: Hierzu erklärt Major von Stockhausen, daß die Unterredung völlig entstellt wiedergegeben sei. Major von Stockhausen hat über die im Offizierkorps herrschende Erregung gesprochen und zum Ausdruck gebracht, daß kein Offizier die Hand zur Auslieferung seiner Führer bieten könne. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten dem Offizier die Ausübung seines Berufes bis an die Grenze des Möglichen erschwert, die Offiziere seien aber davon durchdrungen, daß das Vaterland über dem Empfinden des einzelnen stehe; daher erkannten sie es als ihre Pflicht, die Regierung in der Aufrechterhaltung geordneter Zustände weiter zu unterstützen. Major von Stockhausen hat auch von dem voraussichtlich kommenden Konflikt gesprochen, aber nicht von einem Konflikt mit der Regierung, sondern mit den Unabhängigen und Kommunisten.

Das sogenannte Dementi des Majors v. Stockhausen bestätigt im großen und ganzen die Meldung des holländischen Blattes und ergänzt sie in dankenswerter Weise durch den Hinweis auf den bevorstehenden „Konflikt" zwischen den Offizieren und den Revolutionären. Die Arbeiterschaft sei gewarnt!

Die „Hamburger Volkszeitung" verboten.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Hamburg, 4. Juli.

Die „Hamburger Volkszeitung", das Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, ist vom Militärbefehlshaber wegen eines Artikels, der sich mit der Militärdiktatur befaßte, auf unbestimmte Zeit verboten worden. Der Senat hat sich gegen das Verbot erklärt.

Eine Protestaktion der Internationale.

Amsterdam, 4. Juli.

Der sozialistische „Daily Herald" vom 2. Juli schreibt: Der ausführende Ausschuß der Arbeiterpartei hat keine Zeit verloren, die Entschließung der Konferenz von Southport bezüglich des Krieges in Rußland und die Dienstpflicht in die Tat umzusetzen. An die Gewerkschaftsräte, Arbeiterparteien und Gewerkschaftsverbände wurde ein Rundschreiben gerichtet, in dem die zu öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Lande am 20. und 21. Juli aufgefordert werden. Aehnliche Demonstrationen werden in Frankreich und Italien stattfinden. „Daily Herald" betont die Notwendigkeit einer derartigen Kundgebung, da es immer deutlicher werde, daß die alliierten Regierungen mit Denikin und Koltschak tatsächlich den Zarismus unterstützen. Die Anwesenheit der Kaiserinwitwe in England, die Ausbildung von Offizieren für die kaiserlich-russische Armee und die inoffizielle Anerkennung Sassonows als russischen Botschafter am englischen Hofe seien Beweis dafür.

Amsterdam, 4. Juli.

Laut „Algemeen Handelsblad" beschloß das niederländische revolutionäre sozialistische Komitee, sich mit Versammlungen und Demonstrationen an der von den französischen, italienischen und englischen Arbeitervereinigungen am 21. Juli zu veranstaltenden Protestkundgebung gegen die Intervention in Rußland zu beteiligen.

Lebensmittelunruhen in Italien.

Bern, 3. Juli.

In Forli kam es am letzten Montag im Anschluß an die Protestkundgebungen gegen die allgemeine Teuerung zu schweren Ausschreitungen, bei denen viele Geschäfte ausgeraubt wurden. Obwohl die städtischen Behörden sofort den Verkauf der Waren zu halben Preisen angeordnet hatten, dehnte sich die Bewegung rasch im Bezirk aus und ergriff vor allem auch die Städte Faenza, Forlimpopoli, Bertinoro und Imola. In Ancona wurde der allgemeine Ausstand beschlossen. Der in Forli angerichtete Schaden wird auf Millionen berechnet. Der Verkauf ruht jetzt völlig. Waren im Werte von rund 8 Millionen Lire wurden nach dem Rathaus gebracht, wo sie an die Bevölkerung zu niedrigen Preisen abgegeben werden. Alle Straßen und Plätze werden von Militär und Polizei besetzt gehalten. Alle während der Unruhen am Montag Verhafteten mußten wieder entlassen werden.

Bern, 4. Juli.

Die Volksbewegung gegen die Lebensmittelteuerung in Italien greift immer weiter um sich. In Florenz wurde der Generalstreik erklärt. Hier und in anderen Städten wurden zahlreiche Geschäfte ausgeraubt. Die Plünderungen in Florenz gehen weiter. In Imola kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei es mehrere Tote und zahlreiche Verwundete gab. Die Provinzen Romagna und Emilia, sowie die Marken sind von der Bewegung ergriffen, die einen politischen Charakter hat. In fast allen größeren Städten dieser Provinzen wurde der Generalstreik erklärt unter der Drohung, sofort zu gewaltsamen Mitteln zu greifen, wenn die Forderung auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise nicht unverzüglich erfüllt wird.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der heilige Florian.

Direktion C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Der Häuptling.
Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
Leone Rotlich u. Ludw. Hartau
8 Uhr: Liselott von der Pfalz.
Berliner Theater
8 Uhr: Die tolle Komteß.

Deutsches Theater
Allabendlich 8 Uhr
Max Pallenberg in
„Auch ich war ein Jüngling..."
(Schwank)
Kammerspiele
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib
und der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Mia Werber u. Hans Waßmann in
Die Geisha.

Lessing-Theater
Sommerspielzeit
Leitung: Hans Sternberg.
Gastspiel Guido Thielscher.
8 Uhr: Charleys Tante.
Deutsches Künstler-Theat.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert u. Kurt Götz in:
Die Rutschbahn.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Die Frau des Schiffarten.

Rose-Theater
7½ Uhr: Zum ersten Male: O schöne Zeit, o selige Zeit.
7½ Uhr: Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert
und erstklassige Spezialitäten.

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor
Allabendlich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
ehem. Mitgl. der Stettiner-Sänger
Seidel, Ruselli, Horst, Schubert, Rathke etc.
Humor. Spielpl.
Sommerpreise!
Blüthner-Konzert

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich
12 Varieté-Attraktionen
In der Tanzdiele **Ball.**
Anfang ½5 Uhr.

Prinzeß-Theater
Kantstraße 163, am Zoo.
Das Geheimnis von Mayerling
Die Tragödie des Kronprinzen Rudolf
5, 6[45], 8[30]

Fortuna-Lichtspiele
Müllerstr. 12 e.
Bis Montag.
2 Prachtaufführungen:
Die Tragödie der Manja Orsa
Liebesgeschichte in 5 Akten.
Ferner: Das fabelhafte Ausstattungsstück
Die Liebe der Bajadere
6 Akten ca. 2000 Mitwirkende. Staunenswert!
Täglich 5 u. 8 Uhr.

Residenz-Lichtspiele
Blumenstr. 10.
Verlorene Töchter 2. Teil.
Opfer der Schmach.
Täglich ½6 u. 8 Uhr.

Sommer-Variété im LINDENPARK
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 13.
Herrlichster Naturgarten mit altem Baumbestand.
Anfang 7 Uhr — Neues Programm. — Anfang 7 Uhr
10 Riesen-Attraktionen!
Dazu:
Im Freibad Grünau!
oder: Der schöne Gottlieb!
Posse mit Gesang von R. Kurz.
Jeden Mittwoch: Großes Garten-Kinderfest!!!

Ballschmieders **Varieté-Garten** Badstrasse 16.
Weissenseer **Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 6-9.
Dir.: Gerh. Dammann
Täglich 12 Varieté-Nummern
Grosses Theater-Orchester

Eröffnung der Gärten:	Wochentags 3½ Uhr	Sonntags 2½ "
Beginn des Konzerts:	Wochentags 6 Uhr	Sonntags 5 "
Beginn des Variétés:	Wochentags 7 Uhr	Sonntags 6 "

Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

Schwarz Sommer-Theater
Lichtenberg. Möllendorfstraße 25-26
Dir. Theo Oppermann.
Im herrlichen größten Naturgarten des Ostens.
Sonntag nachmittag 4 Uhr
14 neue Varieté-Attraktionen
Otto Ruprecht, Humor. Tanzkünstler
Lyriko Duo, Gesangs-Duett
Erik u. Sohn, Der kleinste Akrobat
Lucia u. Assistent, Kugel-Läufer
Art. Westphal, Der amüsante Humorist
Guller und Boyk, Komische Radfahrer vom Apollo-Theater
Julia Sommer, Pr. Ballerina vom ehem. Hofth.
Steinitz Duo, Grotesk. Duett
2 Onras, „Der Mann i. d. Litfaßsäule" v. Wintergart.
Paula Ott's weltberühmte Hundedressuren
3 Heinis, komische Akrobaten v. Wintergarten
Sypras Mysteriöse Puppe v. Zirkus Busch
2 Renas, Kunstgesang
Schnurps, Der Urkomische
Dieses Programm müssen Sie sehen!
Im Saal Tanz — Kaffeeküche ab 3 Uhr
Konzertbeginn 4 Uhr — Vorstellung 8 Uhr.
Bei Regen bieten die großen Hallen Schutz für 3000 Personen.
Mittwoch Elite-Tag
Nachmittags 4 Uhr: Gr. Kinderfest
Abends 8 Uhr: Das große Varieté-Programm

Unter der Firma
„Trianon-Film-Compagnie m. b. H."
ist eine neue Filmgesellschaft gegründet worden. Sie hat sich zur besonderen Aufgabe gemacht, grosse phantastische Filme und groteske Lustspiele herauszubringen. Die Mitarbeit hervorragender technischer und künstlerischer Fachleute ist gesichert. Die Arbeiten für die ersten Filme sind im Gange. Die Geschäftsräume der Gesellschaft befinden sich **Berlin W. 9, Bellevuestrasse 21-22** im Jostyhause (Potsdamer Platz), an welche Adresse auch eventuell Manuskripte zu richten sind.

Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Kellers Konzert- u. Festsäle
Koppenstr. 29. — Koppenstr. 29.

Säle frei
für Vereine, Gesellschaften, Versammlungen
Berliner Vereins-Konzertsäle
Kommandantenstr. 58/59. — Moritzplatz 10155.

Säle frei
für Vereine, Versammlungen, Gesellschaften
Central-Festsäle
Alte Jakobstr. 32. — Alte Jakobstr. 32.
Direktion: Selbiger & Kegler.
Norden 9292 u. 9293. — Kulante Bedingungen.

Biesdorf-Süd Kaulsdorf-Süd
in der Nähe d. Bhf. Sadowa
□R. von M. 25,— an.
Bedeutende Wertsteigerung.
Siehe Beschreibung in letzter Heft
Villen-Grundstücke in der Gartenstadt
Falkenhagen-West
dir. a. Bhf. Seegefeld, nächste Stat. v. Spandau,
z. Anlage v. Obstgärten. Best. Garten- u. Gemüseland, an gepflast. Straße, m. i. Gas- u. Wasserleitg.
Vom Waldgrundstück, □R. von 30 M. aufwärts.
Gartengrundstücke
z. Anlage v. Obstgärt. Gut., fruchtb. Ackerland, teils an gepflast. u. regul. Straße, m. Gas- u. Wasserltg.
Kaulsdorf-Nord, direkt a. Bahnh. bez., zu 10 M. pr. je nach Lage. Biesdorf-Nord, Station d. Stadtb.,
□R. v. M. 40, an. Günstigste Zahlungsbeding.
Auskünfte an den obigen Bahnhöfen u. bei der
Eigenheim-Gesellschaft
Nieschalke & Nitsche,
Berlin NO 43,
Neue Königstraße 16.

Möbel-Beiser
Lothringer Strasse 67
3 Min. vom Untergrundbahnhof Schönhauser Tor
liefert auf bequemste Teilzahlung
und gegen bar
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
zu mässigen Preisen.
Komplett aufgestellte
Wohn-, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer
in grosser Auswahl.
Einzelne Möbel und farbige Küchen
Besichtigung wirklich lohnend!

ZIGARREN
pro Mille von M. 650 an
gibt in großen und kleineren Posten ab
Zigarren-Engros-Haus Neukölln
Neukölln, Schinkestr. 4/5.

In kaltem Wasser, stark schäumende, weiße, feste Bohrpasta in 1½ Pfd.-Dosen
und anderen Packungen für
Händler, Hausierer,
Größter Schlager!
Leicht verkäuflich. Jede Dose mit Reklamestreifen.
Sämtliche Tagesware zu dem billigsten Preise.
„Ueber Alles" Vertrieb chemischer Produkte.
G. Stein, Hermannstr. 257, Neukölln (Rollkrug).

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½1—2 mittags, ½6—½10 abends, Sonntags ½11—1 Uhr Um verschlossenen Brief Mk. 1.25.

Heil-Anstalt „Löser"
Münzstraße 9, nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8.
Modernes Ambulatorium, Licht- u. Finsen-Behandl.
Inhalatorium — Gurgelkabinen
Elektrische und Medizinische Bäder
Harn- und Blutuntersuchungen.

Wir liefern
Möbel
kompl. Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer usw., Küchen und Einzelmöbel
auf Teilzahlung
und gegen bar durch frühzeitigen Abschluß zu billigen Preisen.
Unsere Lager sind sehr gut sortiert.
Gebr. Kassner,
Bülowstraße 6
am Nollendorfplatz.

Möbel
sowie ganze
Wohnungs-Einrichtungen
fertige Küchen usw., wie bekannt, dauerhaft und preiswert bei
Carl
Barthel
Zossener Straße 34.
Teilzahlung gestattet.
Gegründet 1870.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin. Sektion Gaswerke.
Sonntag, den 6. Juli, vormittags 9 Uhr
in den Concordiasälen (großer Saal), Andreasstr.
Versammlung
aller in den Groß-Berliner Gasanstalten Beschäftigten
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Lohntarif.
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Sektionsleitung.

Berlin-Borsigwalder Metallwerke
Sonntag, den 6. d. M., 9½ Uhr vormittags
Betriebs-Versammlung
in den Sophiensälen, Sophienstraße 17/18. Weißer Saal.
Tagesordnung:
Berichterstattung über die Lohnforderung. Abstimmung darüber.
Unbedingtes Erscheinen jedes einzelnen notwendig.

Der Betriebsrat.

Sozialdemokratischer Aerzte-Verein.
Sitzung
am Montag, den 7. Juli 1919, abends 7 Uhr, im Herrenhaus, Zimmer 20.
Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Aussprache über die Reform des medizinischen Unterrichts.
2. Uebernahme der Schulzahnpflege durch die Stadt Berlin. Referent: Herr Drucker.
3. Aussprache über die Schularztfrage (haupt- oder nebenamtliche Schulärzte).

Gäste willkommen.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort
Botenfrauen
eingestellt:
Berlin
Girschner, Gitschiner Straße 92, Döring, Steinmetzstr. 23, Hackebarth, Michaelkirchpl. 2.
Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Denecke, Augustastraße 60.
Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.

Am Donnerstag, den 3. Juli, morgens 8 Uhr, entschlief nach einjährigem, schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, im noch nicht vollendeten 54. Lebensjahre

Hermann Dörfer.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Frau Marie Dörfer, geb. Schosnowski.
Gertrud Dörfer, Karl Dörfer, Max Dörfer, als Kinder.
Paul Dörfer, als Neffe u. Schwiegersohn.

Die Einäscherung findet am Montag, den 7. Juli 1919, nachm. 3½ Uhr, im Krematorium, Gerichtstr., statt. Kranzspenden dankend verbeten.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen, elektr. und med. Bäder, Licht- und Röntgen-Behandlung. Damen- und Herren-Abteilung.
Erste u. älteste **Heil-Anstalt Löser**
Dir.: Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti
nur **Rosenthaler Str. 69-70,** Ecke Linienstraße 9-1, 4-8. Sonnt. 10-1.

Photo-Apparate
aller Art
Photogr. Artikel
Teilzahlung gestattet
für Kasse 10% Rabatt
Katal. umsonst u. portofrei
Jonass & Co., Berlin SW. 867
Belle-Alliance-Str. 7—10.

Abessinier-Pumpen
für Landwirtschaften, zum Selbstaufstellen, Pflanzungen, Gärtnereien, Schlächtereien. Billigste Bezugsquelle
Robert Brinn,
Pumpenfabrik,
Krautstrasse 31.

Salon-Harmonium
1275.—, mit eingebautem Spielapparat (auch ohne Notenkenntnisse spielbar) 1475.—, kleineres 680.—, gebrauchte Pianos billigst, verk. Berger & Co., Oranienstr. 166, Privatverkauf 3. Etage.

Schlafzimmer
Schrank dreiteilig mit Spiegel, complett mit dreiteilig. Auflegekissen und allem Zubehör von
M. 1725,— an.
Stolzmann,
Belle-Alliance-Str. 100

Ziehung 19. Juli
Berliner Lotterie
für d. Pestalozzi-Fröbelhaus
Gesamt- u. Hauptgew. M.
50 000
10 000
5 000
usw.
Lose 3.— Porto u. Liste 50 Pf. mehr.
10 L. m. Porto u. Liste 30 M.
empf. u. vers. a. Nachnahme
Emil Haase & Co.,
Berlin 21, Bredowstr. 9
und in unseren Filialen.

Flügel, Klavier,
875.—, elegantes, schwarzes 1950.—, Nußbaumpiano 2800.—, Konzertpiano 3500.—, Bechstein Duysen, Bösendorfer Stutzflügel 4800.—, eleganter kleiner 1950.—, Konzertflügel 2800.— verkauft
Ernst, Oranienstr. 166, III.

bei Rückgratverkrümmung.
Lehrreiche Broschüre gratis!
Paul Wenzel,
Berlin,
Friedrichstr. 29.

Facharzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in
Dr. Ritters Heilanstalt
Potsdamer Str. 27b
11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Freie Jugend. Sonnabend d. 5. Juli, abends ½7 Uhr, bei Christensen, Schlieperstr. 69, Versammlung. Bezirk Tegel.

Schrammelklub NW. (starker Verein) sucht noch Bandonion-, Geigen-, Mandolinen-, Guitarren-, Cello-, Flöte- und Klarinettenspieler. Notenkenntnisse erwünscht. Uebungsstunde jeden Dienstag 8 Uhr Bremer Straße 73.

Achtung! Achtung! Parteigenossen zur Kenntnis, daß ich am 23. Juni meine
Bäckerei
Utrechter Straße 29, eröffnet habe, und bitte um gütigen Zuspruch.
Albert Albrecht.

Vereinszimmer zu vergeben, 35-40 Personen fassend. Teidel, Havelberger Str. 24.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Verschobengewesene und neue Möbel verkauft billigst Sealig, Lothringer Straße 73 (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75,—, Chaiselongues 75,— an. Meicke, Augustastraße 32a. Quergeb. parterre.

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen, Riesen-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Lothringer Str. 72.

Bettbezüge. Laken Inlett, Tischtücher, Servietten, billig. Richardi, Warschauer Str. 80.

Pianos
vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise.
Liban, Neukölln, Münchener Str. 38

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96, Nord. 5664.

Nicht übersehen. Friedensware, solange vorrätig, verkaufe Tüllgardinen Fenster von 40 M. an, ferner Künstlergardinen, Sonnengardinen, Halbstores, Langstores, Leinen-, Madras- und Plüschportieren, Tüllbettdecken, Waffeldecken, Divandecken, Tischdecken, Dekorationen, fast neue Teppiche, Brücken, Läuferstoffe, Steppdecken u. Daunendecken. Fried's Gelegenheitskaufhaus, Prinzenstr. 84, 2 Tr. (Moritzpl.).

Bettwäsche, Damenwäsche, Blusen, Zugrouleau, Tischdecken, Divandecken, Läufer, billig. Richardi, Warschauer Str. 80.

Möbel-Grau, Gneisenaustraße 10. Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel, Polsterwaren, Kasse und Teilzahlung.

Empfehle preiswert, allerhand Gardinen, Stores, Tüllbettdecken, Steppdecken, Divandecken, Tischdecken, Portieren, Zuggardinen, fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Federbetten etc. Ehrmann, Frankenstraße 9 II, Ecke Eisenacher Straße.

Gardinenverkauf. Fenster von 30 Mk. an sowie Stores, Portieren, Bettdecken, Tischdecken, Divandecken, fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Federbetten, Bettwäsche Dresdenerstr. 124 I, Hochbahn Kottbuser Tor.

Allasch-Kümmel
Ia — 38% — 100 l à 36 Mk., zuckergesüßt, auch einzeln abzugeben. Anfr. schriftlich
Hagen, Schöneberg,
Belziger Straße 10 Laden.

Küche, bildschön, 7 Teile, 3-0. Kommode, Spiegelspind, Kleiderspind, Wäschespind, Waschtoilette, Borsigstr. 27, I. Schäfer.

Ledersofa, Grammophon m. Platten, Guitarre billig zu verkaufen. Weitz, Beusselstraße 38, 1 Stfg. 4.

Stoff für Monteuranzug, blau Drell, beste Qualität, verkauft sehr billig Hermannstraße 166, v. IV rechts.

Klappsportwagen, Laufgitter, gepolstert, Kinder-Holzbettstelle, Kinder-Wäsche verkauft Maire, Rosenthaler 4, r. Stfl. IV.

Eckrestaurant, gut gehend, schöne Einrichtung, billig verkäuflich. Näheres Telephon, Lichtenberg 1287.

Verkaufe 2 Paar Damenstiefel, 37, Bettst. m. Matr., Gaskocher, Flaschenschiff, klein. Paneelbrett spottbillig. Admiralstr. 18 d. Portier.

Achtung!!! Damenwäsche, Blusen, Röcke, neues bl. Kostüm, Pelzgarnitur usw. billig zu verkaufen Kl. Hamburger Str. 25 a v. III l. 2-5 Uhr.

Schlafzimmer, mahagoni, evtl. mit 2 Zim.-Wohn., billig zu verkaufen. Korsetts, Hohen-Schönhausen, Wriezener Str. 5.

Promenadenwagen verkauft billig, Beihke, Nazarethkirchstr. 52

Handwagen, zwei- und vierrädrige, alle Sorten Karren. Wagner, Köpenicker Str. 71 (kein Laden).

Kaufgesuche

Kupfer sämtl. Metallabfälle, Goldsilber, Platin, Goldbruch, Zahngebisse ... Fabrikpreise ... „Metallschmelze" ... Brunnenstr. 11 Hof ... Neukölln, Kais.-Fried... (nahe Herman...)

Platin! Silber zu Original-Schmelz... kauft Metallschmelze ... Brunnenstr. 11 Hof ... kölln, Kaiser-Friedrich... (nahe Hermann...)

Messing Quecksilber! Zinn! ... Metallabfälle! Platin ... Silber! Zahngebisse! ... Fabrikpreise ... Metallschmelze ... Fennstr. ...

Quecksilber Platin! Zahngebisse ... Kupfer! etc. kauft ... verbrauch-Preise ... „Metallschmelze ... FENNSTRASS...

Platinank... Silberabfälle, Zahn... Goldabfälle, Münze... Frau E. Linke, Blüch...

Platinank... Silberabfälle, ... Zahngebisse, Münzen ... Kanth, Zionskirchstr. ...

Platinabfälle! ... gebisse! Goldsachen, ... sachen, Quecksilber, ... papier, Kupfer, Mess... Nickel, Aluminium, ... Glühstrumpfasche, ... lend Edelmetall-Einka... Weberstr. 31 (Alexa...

Platinabfälle! ... Silberbruch, Quecksilber, Zahngebisse, ... terabfälle, Messing ... Nickel, Aluminium, ... Blei kauft Metall... Zentrale, Neander... Moritzplatz 667. Händler ... brikanten Engrospreise

Metallschmelze Messing, Kupfer, ... Platinabfälle, Zahn... Goldsachen, Silbersa... zen kauft Christoph... berger Str. 22. (Kott...

Metalle jeder ... höchsten Preisen ... Invalidenstraße 142 ... Norden 9649.

Elektrische Leitun... Litzen, Kabel kauft ... Andreasstraße 78, am Schlesischen ...

Elektromotore kauft, repariert ... Kettner, Prenzlauer ...

Elektrische ... Licht, Kraft, sofort ... Elektro-Kettner, ... Allee 220. Kgst. ...

Kupferdrähte, kauft Elektro-Kettner ...

Glimmer, kauft ... Kettner.

Nickelin und Widerstandsdraht ... tro-Kettner, Prenzl... Nr. 220.

Leitungsdrähte ... Kabel, kauft jedes ... höchstzahlend Groß... buser Str. 21, Mpl. ...

Möbel, Teppiche, Nachlässe kauft Vogel... straße 35. Postkarte.

Ankleideschrank und Waschkommode ... gesucht. Pol. Zionski...

Zigaretten, Zig... Tabak jeden Posten ... Zigarrenladen. Wa...

Schellack und Le... afu-dweise, kauft ... Berlin, Wielefstr. ... Moabit 2353.

Leinölfirnis Standöl, Lacke, ... Schellack usw. kauft ... Posten Gebrüder ... Gneisenaustr. 5 (Halle... Hollendorf 2379.

Kaufe Phonographen jeden Posten zu guten ... R. Rach-meisle, ... Charlottenb., Windsch...

Goldene Herren... Kette kauft John, ... l. Stfl. III. Sonntag ...

Tiermarkt

Wachhund Kleine englische Ras... scharf Schmirgelsche... Sägeblätter verkauft ... **Burkert,** **Triftstrasse ...**

Tauben-Centrale Ost, Waldemarstr. ... jeden Posten alle ... Fliegetauben, junge K... Wicken.

Großen Erfolg haben selbst **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit"

Deutscher Gewerkschaftskongreß.

Nürnberg, 4. Juli.

In seinem Schlußwort führte A. Cohen-Berlin noch weiter aus: Angesichts der Stimmungen, die die Opposition in die Massen hineingetragen hat, ist es wohl schwer, zu einem gesunden Wiederaufbau zu kommen. Man hat hier erkannt, daß wir nur schrittweise zur Sozialisierung kommen können und hat sich auch gegen wilde Streiks ausgesprochen und für Wiedererweckung der Arbeitslust. Wenn die Opposition so zu den Arbeitern sprechen würde, dann würde man auch eine Stimmung erwecken, die nicht mehr zu diesen schädlichen Entladungen führen würde.

Das Hilfsdienstgesetz hat neben manchen Mängeln für die Tätigkeit der Gewerkschaften zum Erringen günstigerer Arbeitsbedingungen außerordentlich gut gewirkt. Wir sind durch die Ausschüsse an Betriebe herangekommen, an die bisher nicht zu denken war. Das Wiederaufleben der Gewerkschaften seit 1917 ist den Möglichkeiten zu danken, die das Hilfsdienstgesetz uns bot. Erst durch die Vorarbeit, das Hilfsdienstgesetz, konnten die Erfolge seit dem 9. November erzielt werden. Wenn Müller zugibt, daß von heut zu morgen eine Sozialisierung nicht möglich ist, und wenn er weiter zugibt, daß

eine Unlust zur Arbeit vorhanden

ist, dann frage ich ihn, wie wollen wir weiter kommen? Dann muß den Arbeitern noch klar werden, daß wir die Sozialisierung erstreben, daß sie erkämpft werden muß und daß das lange Zeit dauert, daß aber dieses Ziel nicht erreicht werden kann, wenn nicht gearbeitet wird. Handeln wir anders, dann dreschen wir leere Phrasen und die Verwirklichung der Sozialisierung bleibt ein schöner Traum. (Lebhafte Zustimmung.)

In der heutigen Sitzung erhielt Leipart das Schlußwort: Genosse Müller sagte gestern, ich hätte jede Spur revolutionären Geistes vermissen lassen. Nach meiner Meinung verwechselt er Geist mit Zunge. Er und seine Freunde haben es an revolutionären Worten nicht fehlen lassen. Ich habe aber den Nachweis geführt, daß die Gewerkschaften vor und nach der Revolution es nicht haben fehlen lassen an revolutionären Taten. Die Aufgaben der politischen Revolution sind nicht Sache der Gewerkschaften, wohl aber die der sozialistischen Umwälzung. Ich frage Müller, wo sind solche Gewerkschaftsführer, die vor den Statuten mit der Revolution halt gemacht haben? Daß die Vorstände die Richtlinien über die Betriebsräte nicht auf innerer Ueberzeugung aufgestellt hätten, sondern unter den Zwang der Tatsachen, ist eine Behauptung, die Müller nicht beweisen kann. Damit spricht er uns vor dem Lande innere Aufrichtigkeit ab. Es ist aber die alte Forderung der Gewerkschaften nach Anerkennung der Arbeitervertretungen in den Betrieben, so lange die Gewerkschaften bestehen.

Wie in so vielen Punkten ist Müller auch mit seiner Behauptung, daß die

Gewerkschaftsführer den Rätegedanken verwässert

hätten, bei leeren Behauptungen geblieben. Die einzige klare Seite seiner Rede war die Forderung, daß das Rätesystem im Gegensatz zum Parlamentarismus gestellt werden müsse. Wir waren bisher, bis vor wenigen Monaten, einig, daß das freie Wahlrecht das Zeichen sei, in dem wir siegen müssen. (Stürmischer Beifall.) Heute spricht man spöttisch von der „Stimmzettel-Demokratie“, weil wir nicht den Boden des Parlamentarismus verlassen wollen, sagt man uns nach, wir ständen nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Gerade wir als Gewerkschaftler müssen uns mit Entschiedenheit zum Grundsatz des Parlamentarismus und der Demokratie bekennen. (Stürmischer Beifall.) Damit steht und fällt unsere ganze Gewerkschaftsbewegung. Schon am 11. November haben wir, als noch kein Gesetz über die Betriebsräte vorlag, von den Unternehmern verlangt, daß den Arbeiterausschüssen in allen Fragen des Arbeiterrechts die Mitbestimmung zuerkannt werde. (Widerspruch und Zwischenrufe der Opposition.) Jetzt nennt man die Arbeiterausschüsse ja Bezirksräte. So wie wir mit den Lokalisten, den Syndikalisten und den Anarchosozialisten fertig geworden sind, wird auch die Gewerkschaftsbewegung mit den Männern des neuen Geistes fertig werden. (Stürmischer Beifall.)

Einen breiten Raum nahm in der Rede Müllers das geheimnisvolle Gesetz über den Arbeitsfrieden ein, das den Arbeitern das Streikrecht nehmen soll. Solche Absichten sind von der Regierung entschieden bestritten worden. Trotzdem bleibt Müller bei seiner Behauptung. Wenn das wirklich richtig wäre, dann, so hoffen wir, werden auch die Genossen von der Opposition mit uns in entschiedener Abwehr zusammenstehen und uns nicht wieder in die Arme fallen. (Sehr gut.) Wir wenden uns gegen Beschränkung des Streikrechts und werden dagegen stets entschieden Front machen. Es mag ja irgend ein verschrobener Geheimrat einen solchen verrückten Gedanken ausgeheckt haben wie man ja auch die unsinnige Idee der Reichsarbeitsstunde vorgebracht hat. Ich möchte nun aber eine Verordnung der deutschen Republik anführen. Es heißt da: Lebenswichtige Betriebe dürfen nicht streiken. Diese Verordnung ist erlassen vom A.- und S.-Rat Berlin am 19. November. (Hört, hört! Große Bewegung.) Dieser Institution steht bekanntlich Genosse Müller nicht allzu fern. (Große Heiterkeit.)

Ich habe das

Wirtschaftsprogramm der Generalkommission

nicht verschwiegen, es besteht in der weitgehendsten Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeiterschaft durch die aus Urwahlen hervorgegangenen Arbeiterräte. Auch die sozialistische Gesellschaft wird bei der Regelung der Produktion wesentlich sich richten müssen nach ihren Geldmitteln. Daher ist es unverständlich, daß Müller den Ausschluß des Kapitalismus verlangt. Selbstverständlich müssen in der sozialistischen Produktion privatkapitalistische Interessen ausscheiden. Mit großer Freude habe ich den Ausspruch Müllers, daß Arbeitsfreude und Arbeitslust wieder hergestellt werden müssen, vernommen. Das kann aber nicht erfolgen, wenn man unklare phantastische Illusionen in den Köpfen der Arbeiter wachruft. Umsehr ist nur möglich, wenn wir festhalten an der altbewährten Organisation und der Taktik der Gewerkschaften.

Es folgen dann persönliche Bemerkungen. Richard Müller sucht eine Erläuterung zu geben für seine viel erwähnte „Leichenrede“, er habe in einer Versammlung im Zirkus Busch am 20. November auf die Gefahren hingewiesen, die uns drohen und dann gesagt, wenn wir diesen Weg beschreiten, dann geht der Weg über meine Leiche. (Heftigster Widerspruch.) Es ist also nicht so gekommen, wie ich dort angedeutet habe. Ich lege aber seinen Wert darauf, wie die Gegenwart über mich urteilt. Das Urteil der Geschichte ist mir wert.

Es wird dann zur Abstimmung geschritten. In einfacher Abstimmung werden die Richtlinien der Vorständekonferenz über die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften mit übergroßer Mehrheit angenommen. Auf Antrag von Dißmann-Frankfurt a. M., findet dann über die Richtlinien für die Wirksamkeit der Betriebsräte und über die Entschließung zur Arbeitsgemeinschaft eine namentliche Abstimmung statt.

Der Gewerkschaftskongreß entschied sich mit 407 gegen 192 Stimmen für die Auffassung der Vorständekonferenz. Die Entschließung zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wird mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen.

In der Nachmittagssitzung begründet Leipart die vorgelegten Satzungen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes. Diese Gründung sei ein alter Wunsch der Gewerkschaften. Der Einleitungssatz für die Statuten lautet: Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung der Gewerkschaften.

Ein Antrag Dißmann verlangt, daß im ersten Satz hinter Gewerkschaften gesetzt werde: „und die Arbeiter und Betriebsräte“.

Dem Kongreß liegen eine große Reihe Abänderungsanträge vor. Hegemann-Leipzig verlangt, diese Anträge einer Kommission betreffs Ausarbeitung eines Entwurfs für einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß für das nächste Jahr zu überweisen. Dieser Antrag findet Ablehnung. — Waldheder-Bochum tritt für Betriebsorganisationen ein, insbesondere für den Bergbau. Dißmann-Frankfurt a. M. stellt in Abrede, daß seine Anträge bezweckten, die Gewerkschaften durch Arbeiter- und Betriebsräte auszuschalten. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse müsse durch die Gewerkschaften erfolgen. — Heckmann-Berlin fordert Einheitsorganisation für Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Sickfeld-Danzig tritt für einen Zusammenschluß verschiedener kleiner Organisationen ein. — Kaiser-Berlin wirft die Forderung auf, den Deutschen Eisenbahnerverband als Einheits-Organisation für die gesamten Eisenbahnbetriebe zuzulassen.

Leipart gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Kongreß die geänderten Grundsätze der Streitfrage, ob Betriebs- oder Berufsorganisationen, endlich zur Entscheidung führe. Er empfiehlt, daß sich der Kongreß für die Berufsorganisation aussprechen würde. — Auf Antrag Giebel-Berlin werden die gesamten Anträge einer Kommission zur Durchberatung und zu einer Vorlage für die morgige Sitzung überwiesen. Auf weiteren Antrag Leiparts und Reichels wird vom Kongreß die Entscheidung herbeigeführt, ob es bei der bisherigen Form der Berufs- und Industrieorganisation bleiben soll, oder ob die Betriebsorganisationen zugelassen würden. Der Kongreß entscheidet sich mit 303 Stimmen dahin, daß die bisherige Form der Berufs- und Industrieorganisationen aufrechterhalten werden sollen.

Nächste Sitzung Sonnabend früh 9 Uhr.

Deutsche Nationalversammlung.

44. Sitzung, Freitag, den 4. Juli, nachm. 2 Uhr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Min.

Abg. Bauermann (D. Vp.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Löhne der Arbeiter in der Post- und Eisenbahnverwaltung erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgeschnellt sind. Zum Beispiel betrage das Jahreseinkommen eines 28jährigen Telegraphenarbeiters mit zwei Kindern in Berlin bei 300 Arbeitstagen 6000 M.; der mit gleicher Familie lebende untere Postbeamte beziehe mit Zulagen insgesamt aber nur 5240 M. Der Antragsteller fragt die Regierung nach ihrer Stellungnahme zu dieser Umkehrung der Verhältnisse, die die Unzufriedenheit der Beamten erregt und ferner auch dem Aufstiege der Arbeiter in die Beamtenschaft hinderlich sei.

Geheimer Regierungsrat Saemisch gibt den in der Anfrage geschilderten Zustand als richtig zu. Er findet die Ursache der Erscheinung darin, daß die Arbeiterlöhne und die Beamtengehälter auf ganz verschiedener Grundlage erstellt werden.

Weiterberatung der Verfassung.

Artikel 25 sieht die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten vor. Die Neuwahl soll spätstens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden.

Abg. Haase (U. Soz.) befürwortet den Antrag seiner Partei, die Neuwahl spätestens am 30. Tage nach der Auflösung vorzuschreiben. Das Volk hat ein Interesse daran, bei einer Auflösung den Reichstag so schnell wie möglich neu gewählt zu sehen.

Staatskommissar Dr. Preuß: Für die Festsetzung der Frist von 60 Tagen sind lediglich wahltechnische Gründe maßgebend gewesen.

Abg. Katzenstein (Soz.): Die behauptete technische Undurchführbarkeit würde nur in Frage kommen, wenn zu jeder Wahl neue Wählerlisten aufgestellt werden müßten.

Abg. Koch-Kassel (Dem.): Bei einer allzu kurzen Frist würden die Wähler gar nicht in der Lage sein, ihren Einfluß bei der Aufstellung von Kandidaten geltend zu machen.

Artikel 25 wird unter Ablehnung des Antrages Haase (U. Soz.) angenommen.

Nach Artikel 26 wählt der Reichstag „seinen Obmann, dessen Stellvertreter und seine Schriftführer.“

Abg. Haußmann (Dem.) beantragt statt „Obmann“ wieder einzusetzen „Präsident“.

Mit großer Mehrheit wird nach kurzer Debatte der Antrag Haußmann angenommen.

Nach Artikel 31 sollen die Wahlprüfungen durch ein Wahlprüfungsgericht vorgenommen werden, das aus Mitgliedern des Reichstages und Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichtes besteht.

Die Abg. Agnes (U. Soz.) u. Gen. beantragen, die Wahlprüfung wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen zu lassen.

Abg. Haase (U. Soz.): Von dem grundsätzlichen Recht der Volksvertretung, über die Gültigkeit ihrer Wahlen zu entscheiden, wird hier abgewichen, angeblich weil sie sich oft von politischen Anschauungen dabei leiten ließ. In einer Zeit, die soviel neue Volksrechte schuf, soll das Recht des Reichstages nicht beschränkt werden.

Reichskommissar Dr. Preuß: Das englische Parlament, das man oft als Mutter der Parlamente bezeichnet, hat seit 50 Jahren auf das Recht der Wahlprüfung verzichtet. Die Entscheidung des Gerichtes wird allgemeinem Vertrauen begegnen, außerdem wird sie das Verfahren beschleunigen.

Abg. Dr. v. Delbrück (Dnat.): Das Ansehen des Parlamentes wird wachsen in dem Maße, wie das Recht seiner einzelnen Mitglieder sicher dasteht. Aus dem Grunde könnte es sich empfehlen, die Wahlprüfungen ganz und gar einem Gerichtshof zu übertragen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Die Frage, auf die es ankommt, ob bei einer Wahl das Recht verletzt wurde, kann von einem Gerichtshof besser als vom Reichstag gelöst werden. So skandalöse Wahlbeeinflussungen wie früher fallen künftig weg, so daß die Arbeit erleichtert würde.

Abg. Haase (U. Soz.): Unser Antrag schützt die Minderheiten. Die drei Reichstagsmitglieder, die dem Gerichtshof angehören sollen, werden immer nur aus der Mehrheit genommen werden, die Minderheit wird wohl niemals zum Wort kommen. Die letzte Entscheidung trifft nicht die Wahlprüfungskommission, sondern das Haus. Durch Hinzuziehung von Zeugen und Sachverständigen ließe sich die Entscheidung wohl beschleunigen.

Hierauf werden die gestern ausgesetzten Abstimmungen über Artikel 21 und 22 vorgenommen.

Im Art. 21 werden die Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, das Wahlmündigkeitsalter von 20 Jahren zu streichen und dessen Feststellung in das Wahlgesetz zu verweisen oder es auf 24 Jahre festzusetzen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Art. 21 wird nach dem Beschluß des Ausschusses mit der Wahlmündigkeit von 20 Jahren angenommen.

Der Antrag Auer (Soz.): „Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein“, wird gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien, des Zentrums und einem Teil der Demokraten angenommen.

Im Artikel 22 wird die dreijährige Legislaturperiode in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 142 Stimmen abgelehnt und in einfacher Abstimmung die fünfjährige Periode gegen die Stimmen der beiden Soz. Parteien und eines Teils der Demokraten angenommen.

Die Beschlußfähigkeit des Reichstages soll durch die Geschäftsordnung geregelt werden. Ueber die Redeberechtigung der Regierung im Reichstag beantragt Abg. Graeber den Fortfall des Wortes „jederzeit“, da es nicht angehe, daß Dutzende von Personen im Reichstage jederzeit das Wort nehmen könnten.

Der Artikel wird in dieser Weise verändert angenommen.

Art. 34 bestimmt die Berechtigung des Reichstages zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und macht ihre Einsetzung zur Pflicht auf Antrag von einem Fünftel seiner Mitglieder. Ein dazu vorliegender Antrag der Unabhängigen, der anstatt von „einem Fünftel“ von 50 Mitgliedern sprechen will, macht bei der Abstimmung einen Hammelsprung nötig. Dabei werden 166 Gegner und 81 Bejaher des Unabhängigenantrages festgestellt.

Art. 34 wird in der Fassung des Entwurfes mit großer Mehrheit angenommen.

Art. 35 bestimmt die Bestellung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und einen Ausschuß zur Ueberwachung der Tätigkeit der Reichsregierung.

Ein Antrag Heinze (D. V. P.) und Gen. beantragt die Streichung des ganzen Artikels, ein Antrag Schücking (Dem.), die

Streichung des Ueberwachungsausschusses.

Die Unabhängigen beantragen noch einen Art. 35a über die Verpflichtung der Reichsregierung zur Vorlage der über die Beziehungen des Reiches zu auswärtigen Staaten geführten Verhandlungen.

Abg. Schücking (Dem.) führt zur Begründung seines Antrages aus: Die auswärtige Politik ist in den letzten Jahren unser Schmerzenskind gewesen. Einer der Gründe dafür war auch der Umstand, daß der Reichstag auf dem Gebiete der auswärtigen Politik so gut wie vollständig versagt hat. Während des Krieges konnte man immer wieder feststellen, daß hervorragende Führer des Reichstages von Angelegenheiten nicht unterrichtet waren, die man im neutralen Auslande von jedermann hören konnte. Wir wünschen deshalb, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nicht als Untersuchungsausschuß Verwendung finden, sondern als Organ des Reichstages für auswärtige Politik ausgebildet werden soll. Das Wesen der Demokratie besteht nicht darin, daß alle alles kontrollieren, sondern die Verantwortlichkeit in die Hand der Führer zu legen, nicht solcher von Gottes Gnaden, sondern der selbsterwählten Führer des Volkes. (Beifall.)

Abg. Katzenstein (Soz.): Wir müssen damit rechnen, daß der Reichstag in normalen Zeiten unter Umständen vom Mai bis in den Herbst hinein versammelt ist. (Als der Redner eine kleine Pause macht, versucht eine Dame, die schon einige Zeit sich neben dem Redner aufgestellt hat, zu der Versammlung zu sprechen, wird aber, nachdem sie nur die Worte: von der Maas bis zu der Memel — gesprochen hat, vom Präsidenten aufgefordert, den Platz zu verlassen.)

Abg. Haase (U. Soz.): In keinem Lande ist die auswärtige Politik in dem Maße Geheimwissenschaft wie bei uns. Die schwerwiegendsten Entschlüsse werden gefaßt, ohne daß Volk und Volksvertretung davon eine Ahnung hat. Dinge, die sogar dem Ausland bekannt sind, werden vor ihnen geheim gehalten. Wie weit das geht, zeigen uns am besten die

beklagenswerten Vorgänge im Osten.

Erst aus der „Post“ und aus der „Täglichen Rundschau“ haben wir erfahren, daß, und zwar mit Wissen und mit Zustimmung der Regierung Bestrebungen im Gange gewesen sind und vielleicht noch sind, eine Einigung mit den Polen auf der Grundlage herbeizuführen, einzelne Teile des Deutschen Reiches abzusplittern. Das zeigen ferner die Vorgänge im Baltikum. In Riga sind allein 7000 Personen erschossen worden unter dem Vorgeben, daß sie Bolschewisten seien, und in Lettland ist durch unser Vorgehen ein Haß gegen uns erzeugt worden, der für alle Zukunft unsere Beziehungen zu diesem Lande vergiften wird.

Reichskommissar Dr. Preuß: Der Antrag Haase würde die Abschaffung jeder Verantwortlichkeit der regierenden Stellen bedeuten, er wäre die Auflösung jeder geordneten Regierung und er würde schließlich zu einer Diktatur führen.

Abg. Winnig (Soz.): Mit Bezug auf die Ausführungen des Abg. Haase habe ich zu erklären: es ist richtig, daß es in Ost- und Westpreußen Kreise gibt, die den Gedanken einer Einigung und Verständigung mit den Polen propagieren, aber bisher sind diese Bestrebungen einzig und allein ausgegangen von einem kleinen Teile der Volksräte, die in Westpreußen, nicht auch in Ostpreußen, über einen gewissen Anhang verfügten; diese Bestrebungen sind von allen Organen der Regierung mißbilligt worden. Der Kampf, der sich jetzt im Baltikum abspielt, ist der letzte Akt des großen Vernichtungskampfes gegen die letzten Reste des Deutschtums. (Zuruf des Abg. Haase: Baltische Barone!) Ich kann mit dem Worte „Baltische Barone“ nicht den Haß verknüpfen, den Sie (zu den Unabhängigen) damit verknüpfen, ich sehe in ihnen nicht nur die privilegierte Schicht der Grundbesitzer, sondern auch die Leute, die dort seit 700 Jahren deutsches Volkstum und deutsche Kultur hochgehalten haben. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir durch die Umstände leider gezwungen sind, unsere Truppen zurückzuziehen, so wird das vielleicht zur Ausrottung des letzten Restes des Deutschtums führen, was ich aufs tiefste bedaure. (Lebhafter allseitiger Beifall.)

Artikel 35 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen, auch der Antrag der Unabhängigen (Einfügung eines Artikels 35a) wird abgelehnt.

Zum Abschnitt „Reichspräsident“ liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Der Entwurf bestimmt, daß der Präsident vom ganzen deutschen Volke gewählt wird. Wählbar ist, wer das 35. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens zehn Jahren Deutscher ist. Gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz. Ein Antrag der Unabhängigen will das Amt des Reichspräsidenten überhaupt beseitigen.

Abg. Haase (U. S.): Der Abgeordnete Philipp will als Präsident einen starken Mann haben, von dem er hofft und annimmt, daß er einmal in Deutschland die Monarchie wieder

Ledebour

Die II. Auflage

gelangt heute zur Ausgabe

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 6
Abteilung Buchhandel Schiffbauerdamm 19

aufrichten wird. Wir aber wollen überhaupt keine persönliche Spitze, die sich irgendwie zu einem persönlichen Regiment ausbilden könnte, sondern verlangen ein Reichskollegium. Wir wissen, daß unser Antrag abgelehnt werden wird, haben ihn aber gestellt, um unserer Pflicht zu genügen.

Abg. Dr. Ablaß (Dem.): Wir müssen einen Präsidenten haben, der nicht etwa zu einer Dekoration, zu einer Puppe wird, sondern eine Figur von Kraft und Mark darstellt.

Die Abstimmung wird erst am Sonnabend erfolgen.

Nächste Sitzung Sonnabend, 2 Uhr. (Weiterberatung der Verfassung.)

Um Orden und Titel.

Durch Verordnung vom 14. Dezember 1918 war die Verleihung von Titeln und Orden beseitigt worden. Der Verfassungsausschuß hatte jedoch beantragt, diese Verordnung außer Kraft zu setzen. Bei der Verhandlung über diesen Antrag in der Preußischen Landesversammlung konnte gestern unser Genosse Ludwig feststellen, daß die Regierung sich bisher gar nicht an ihre eigene Verordnung gehalten hat. Namentlich Herr Noske, oder vielmehr die militärische Nebenregierung, haben sich glatt darüber hinweggesetzt. Die Rechtssozialisten, die im Ausschuß für die Aufhebung gestimmt hatten, waren über Nacht anderer Meinung geworden und verschanzten sich schamhaft hinter die Nationalversammlung, die demnächst doch die Frage regeln werde.

Der demokratische Redner sprach zwar für Abschaffung der Titel und Orden, aber auch für Aufhebung der Verordnung. Die Parteien der Rechten waren natürlich für Beseitigung der Verordnung, sie sagten aber auch der Regierung manche bittere Wahrheit über Titelsucht. Der Ausschußantrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen.

Debattelos wurde dem Gesetz über die Beihilfen an die Gemeinden zur Kriegswohlfahrtspflege zugestimmt, wonach zu den bisher aufgewendeten 810 Millionen Mark weitere 150 Millionen zur Verfügung gestellt werden.

Nach Erledigung einiger, weiterer, kleinerer Vorlagen wurde in der Handelsdebatte fortgefahren. Diese Debatte gestaltete sich zu einem Sturmlauf aller bürgerlichen Parteien gegen die gebundene Planwirtschaft. Daß dabei die Interessen des deutschen Volkes, besonders des arbeitenden Volkes, viel zu kurz kamen, ist nicht weiter zu verwundern. Hier griff Genosse Menzel-Halle mit großem Verständnis ein. Die ganze deutsche Arbeiterschaft, so führte er aus, wartet mit Ungeduld darauf, daß endlich mit der Sozialisierung begonnen werde. Er wandte sich mit der gebotenen Schärfe gegen den Rechtssozialisten Woldt, der unserer Fraktion den aus dem Wörterbuch der Kapitalisten von vor 30 Jahren stammenden Vorwurf erhoben hatte, wir hetzten das Volk bewußt in Elend und Hunger. Dann zeigte er, wie der Weg aus dem Elend heraus nur gefunden werden kann, indem die Anarchie der kapitalistischen Produktion übergeführt wird in die höhere Wirtschaftsform des Sozialismus.

Gewerkschaftliches.

Wie man die Eisenbahner wieder aufnimmt.

Die Herren Oberbeamten der Eisenbahn scheinen sich einzubilden, einen glänzenden Sieg über die Eisenbahner errungen zu haben, den man nach preußischer Methode weidlich ausnützen muß.

Auf der Hauptwerkstatt im Grunewald wurden die Eisenbahner bei ihrer Rückkehr zur Arbeit mit der Erklärung empfangen, daß Betriebsversammlungen von nun ab nur noch der Herr Baumeister einberufen dürfe! Die Unterhaltung mit Kollegen sei jedem Arbeiter streng verboten! Sonst erfolge sofort Entlassung. Ein Arbeiter ist bereits entlassen worden, da er unter Kollegen von einem Minister Oesel (der bekanntlich Oeser heißt) gesprochen hatte. Dafür die Entlassung auszusprechen, illustriert drastisch die Borniertheit jener Bureaukraten, die bei den Eisenbahnverwaltungen noch immer die unumschränkte Macht haben. Der Arbeiterrat ist natürlich zuvor nicht gehört worden.

So behandelt man die wieder arbeitswilligen Eisenbahner. Glaubt man damit ihre Arbeitsfreudigkeit, die nach den amtlichen Berichten so dringend notwendig ist, zu heben? Durch eine solche Behandlung erzieht man nur Arbeitsunlustige und Heloten, die zu keiner qualifizierten Arbeit fähig sind.

Die Eisenbahner werden aber nun um so kameradschaftlicher zusammenhalten müssen, wenn sie sich den Bureaukraten gegenüber behaupten wollen. Servilismus erzeugt auf seiten der Vorgesetzten nur noch mehr Herrschsucht und Borniertheit. Nur durch mannhaftes Auftreten können diese Herren im Schach gehalten werden.

Die Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Die Beratungen des Schlichtungsausschusses wurden gestern fortgesetzt. Auch Emonts nahm wieder daran teil, zu welchem Zwecke er aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt wurde. Da alle Teilnehmer an den Verhandlungen sich merkwürdigerweise zum Stillschweigen verpflichtet haben, können wir über die Verhandlungen selbst vorläufig nicht berichten. Am heutigen Sonnabend werden die Beratungen voraussichtlich zum Abschluß kommen.

Der Tarif der Gemeindearbeiter Groß-Berlins.

Die städtischen Arbeiter Neuköllns haben dem Magistrat die Forderung gestellt, bis zum 5. Juli einen neuen Sondertarif für die Neuköllner Arbeiter zu bewilligen. Bekanntlich besteht zwischen sämtlichen Groß-Berliner Gemeinden und sämtlichen Groß-Berliner Gemeindearbeitern eine Tarifgemeinschaft, deren Lohntarif zwar am 1. Juli abgelaufen ist und über deren Neugestaltung Verhandlungen schweben. Der Neuköllner Magistrat steht nun auf dem Standpunkt, daß er nicht ohne weiteres der Groß-Berliner Tarifgemeinschaft gegenüber vertragsbrüchig werden und einen Sondertarif für Neukölln schaffen kann. Er hat aber an den Berliner Magistrat das Ersuchen gerichtet, umgehend die Tarifverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Infolgedessen findet am Montag vormittag im Berliner Rathaus eine Beratung über den Groß-Berliner Tarif statt, so daß im Interesse unserer Bevölkerung zu hoffen ist, daß ein Streik der städtischen Arbeiter vermieden wird und der Betrieb der Lebensmittelversorgung, sowie der Gas-, Elektrizitäts- und der anderen wichtigen städtischen Betriebe am Montag keine Störung erleidet.

Die im Böhmischen Brauhaus beschäftigten Kopf- und Handarbeiter haben durch ihre Organisation Verhandlungen mit der Direktion um Gewährung einer Teuerungszulage von 30 Mark wöchentlich angebahnt. Außerdem soll auf die Regierung eingewirkt werden, die Lebensmittel zu verbilligen.

Groß-Berlin.

Die wilden Verkehrsmittel.

Die Zahl der wilden Verkehrsmittel nimmt einen immer größeren Umfang an. Es fahren alle nur erdenkbaren Gefährte. Obwohl das Polizeipräsidium vor einigen Wochen die Zusicherung gegeben hatte, es würden im Falle eines Streiks Vorkehrungen getroffen, um einer Bewucherung des Publikums vorzubeugen, ist bis jetzt noch nichts geschehen. Gestern wurden für Fuhrwerke Preise bezahlt, die man nie für möglich gehalten hätte. Eine Fahrt vom Alexanderplatz nach dem Grunewald kostete 15 Mark. Auch die Droschkenkutscher verstehen es, den Verkehrsstreik zu ihren Gunsten auszunutzen. Autodroschken sind zu einem Luxusfahrzeug für Kriegsgewinnler geworden. Die streikenden Verkehrsangestellten betrachten den wilden Fuhrwerksverkehr als Streikbruch. Wenn sich die Polizei und Herr Noske schützend vor diese sonderbare Verkehrsunternehmung stellen, so sollten sie wenigstens Vorsorge treffen, daß die Inhaber dieser Fahrzeuge aus der Notlage des Berliner Publikums keine bare Münze schlagen.

Ja, Regierungssoldaten selber beteiligen sich an diesem wüsten Geschäftemachen. So beförderte ein von Regierungssoldaten gelenktes Militärauto Personen vom Potsdamer Platz bis Alexanderplatz gegen Bezahlung. Es wurde den Fahrgästen 1,50 bis 2,50 Mk. abverlangt. Hübsche junge Mädchen, mit denen die Soldaten während der Fahrt schäkern konnten, brauchten nur 0,50 bis 1 Mark zahlen. Eine Liebe ist der andern wert!

So wird den steuerzahlenden Fahrgästen doppelt das Geld aus den Taschen gezogen. Einmal müssen sie für die Unterhaltung der Soldaten und Autos Steuern zahlen, daß ihnen schwarz vor den Augen wird. Wenn sie aber einmal die von ihnen unterhaltenen Verkehrsmitteln benutzen wollen, verlangen die vom Staate besoldeten Jünglinge noch obendrein ein anständiges Trinkgeld. Und man zahlt's ihnen. Der Berliner ist doch zu — gemütlich.

Ein Judenpogrom.

Die Hetze der Alldeutschen gegen die Juden hat bereits bedauerliche Erfolge gezeitigt. Gestern fand auf offener Straße (Grenadierstraße, die von Juden dicht bevölkert ist) eine regelrechte Verprügelung von harmlosen Juden statt. Die Anstifter dazu waren Regierungssoldaten und feingekleidete Jünglinge. Ohne jeden Anlaß forderten einige dieser Herrchen ihre Freunde auf, die Juden zu verprügeln, und flugs sprangen unter den Paletots und Umhängen Peitschen und dicke Stöcke hervor, die erbarmungslos auf die völlig wehrlosen Juden niedersausten. Blutüberströmt brachen einige Juden zusammen. Dies alles vollzog sich unter dem „Schutze" der mitgebrachten Regierungssoldaten, die bekanntlich in Berlin für Ruhe und Ordnung sorgen sollen. Anscheinend halten sie derartige Exzesse für ganz in Ordnung.

Die Sache hätte aber auch eine andere Wendung nehmen können. Wenn nun die Juden sich zur Wehr gesetzt und von den übrigen Passanten unterstützt worden wären? Dann hätte es eine schlimme Rauferei gegeben, wobei es zweifelhaft gewesen wäre, wer den kürzeren gezogen hätte. Derartige Prügeleien können also leicht einen größeren Umfang und einen ernsteren Charakter annehmen.

Pflicht der Behörden ist es, die Juden vor rauflustigen Lümmeln ebenso zu schützen, wie jeden anderen Bürger.

Gemein.

Der „Vorwärts" hat das journalistische Anstandsgefühl, das er in der Kriegszeit verlernt hat, auch seit dem Ausscheiden Stampfers aus der Redaktion noch nicht wieder erlangt. Sie sind sich alle gleich, die edlen Brüder. In der Kriegszeit spritzte dem Stampfer nicht die Feder aus, wenn er kaltherzig einen braven Genossen den Häschern der Militärgewalt als Kriegsgegner denunzierte. Jetzt, in den Zeiten der Erregung der Massen, da sucht er Pogromstimmung gegen unliebsame Genossen unter seinen Lesern zu erzeugen, die er über alle politischen Tagesfragen systematisch irregeführt hat.

Im gestrigen Morgenblatt bezichtigt der „Vorwärts" einen Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes in einer Versammlung gesagt zu haben, daß der volle Zugverkehr, einschließlich aller Lebensmittel- und Kohlenzüge, eingestellt werden müßte und daß es ihm sehr wohl bekannt sei, daß darunter in erster Linie Frauen und Kinder leiden müßten. Und nach dieser Denunziation im Sperrdruck ruft dann der „Vorwärts" der Oeffentlichkeit zu: Dieser Mann, der das gesagt hat, heißt so und so und wohnt da und da. Was anders soll die Angabe der vollständigen Adresse des Eisenbahners bezwecken als unaufgeklärte und pogromlüsterne Jünglinge einen willkommenen Fingerzeig zu geben. Und das in einem „Arbeiter"blatt! Pfui Teufel!

Der Obstwucher geht wieder los! Nachdem die Bewegung der Konsumenten über die seinerzeit verlangten Phantasiepreise für Frühobst etwas nachgelassen hat, erheben die Wucherer wieder frech ihr Haupt. Abgesehen davon, daß Berlin sehr kümmerlich mit Frühobst bedacht wird, verlangen jetzt Obsthändler verschiedentlich Preise von 3 und 3,50 Mk. für ein Pfund Kirschen. Schutzleute, die angerufen werden, um einzugreifen, erklären lakonisch, dazu keine Machtbefugnisse zu haben. Schließlich wurde der Vollzugsrat der Berliner Arbeiterräte benachrichtigt. Leider finden sich immer noch Leute, die nicht soviel Selbstbeherrschung besitzen, auf diese Leckerbissen auf kurze Zeit zu verzichten. Sie wissen nicht, wie sehr sie damit die ärmere Bevölkerung und aber auch sich selbst schädigen.

In der Nürnberger Straße 44 wurde das Obst- und Gemüsegeschäft von Netzlaff wegen fortgesetzter Wucherpreise geplündert. Die Ware wurde auf die Straße geworfen und an das Publikum verteilt. Eine Demolierung des Ladens konnte verhindert werden.

Die Sonderzuweisung von Brot, wonach, wie bereits gemeldet, 750 Gramm pro Kopf für zwei Wochen zur Verteilung gelangen sollen, wird für die kommende und übernächste Woche in Groß-Berlin zum erstenmal stattfinden. Die Zuweisung erfolgt auf einen Abschnitt der Lebensmittelkarte. Diese Extrabrotverteilung soll als Ersatz für die durch den Eisenbahnerstreik verringerte Kartoffelration dienen. Für die nächste Woche dürfte auch mit einer reichlicheren Belieferung von Kartoffeln zu rechnen sein.

Die Preise für Kohlrabi. Früher kosteten die Kohlrabi, ehe die Höchstpreise waren, die Mandel 1,10—1,75 M., dieselben stehen jetzt im Pfundpreise von 50 Pfg., danach beläuft sich die Mandel bis 3 M. Wie lange sollen diese ungeheuer hohen Preise noch bestehen bleiben?

Die einmalige Zuwendung für Kriegsbeschädigte von 50 M., die zufolge Verfügung vom 15. Mai den vor dem 9. November 1918 mit Versorgungsgebührnissen entlassenen Kriegsbeschädigten gezahlt wird, ist auch denjenigen zu zahlen, denen die anerkannte Rente auf Grund des Invalidenprüfungsgeschäfts später wieder entzogen wurde.

Das schnelle Fahren eines Militärautos hat wieder ein Menschenleben gefordert. Donnerstag nachmittag gegen 4 Uhr kam ein Militärauto in scharfer Fahrt durch die Markgrafenstraße. Beim Einbiegen in die Französische Straße wurde eine dort stehende Zeitungsfrau von dem Wagen erfaßt, eine Strecke mitgeschleift und schließlich noch überfahren, so daß der Tod sofort eintrat. Auf dem Wagen befand sich auch ein Sohn der getöteten Frau. Es scheint zur Berufsehre der Chauffeure zu gehören, durch Berlin im schnellen Tempo zu fahren. Diesen Spaß mögen sie sich auf den nichtbelebten Landstraßen erlauben, aber nicht in den stark belebten Straßen Berlins, wo sie das Leben anderer gefährden.

Die Arbeitslosen der Stadt Berlin, gegen die der Hauswirt Klage wegen Nichtzahlung der Miete angestrengt hat, wollen sich sofort an den Arbeiterrat der Arbeitslosen, Berlin C. 2, Klosterstraße 92 II, wenden. Terminsvorladung und Prozeßvollmacht ist mitzubringen. Laut Verordnung müssen die Gerichte in allen Klagefällen wegen Kündigung und Exmission die Klage an das Mietseinigungsamt verweisen. Eine Räumung der Wohnung und Kündigung derselben kann also vom Gericht nicht veranlaßt werden. Wir bitten alle Fälle, in denen bereits vom Gericht oder Mietseinigungsamt entschieden worden ist, uns sofort zu unterbreiten. Die Arbeiterräte der Vororte werden aufgefordert, im gleichen Sinne zu verfahren und sofort mit den Magistraten oder Gemeindevorstehern über die Zulassung der Arbeiterräte der Arbeitslosen als Beisitzer in dem Mietseinigungsamt zu verhandeln.

Der Arbeiterrat der Arbeitslosen.

Zeugen, die gesehen haben, daß am 26. Juni vorm. zwischen 10—11 Uhr ein schwerkriegsbeschädigter Mann in braunem Anzug mit einer Gemüsehändlerin Differenzen hatte und kurze Zeit nachdem in der Reinickendorfer Straße von drei bewaffneten Männern niedergeschlagen wurde, werden um Abgabe ihrer Adresse im Bureau des Berliner Ledigenheims am Brunnenplatz gebeten.

Verloren. Eine Brieftasche mit etwa 500 Mark Inhalt oder kassierter Abonnementsgelder, hat ein Zeitungsbote gestern zwischen 11 und 2 Uhr auf dem Wege vom Arbeitsnachweis (Ackerstraße) nach dem Gewerkschaftshaus und von dort nach Swinemünder Straße 7 verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Brieftasche in der Redaktion der „Freiheit" abzugeben. Der Verlierer ist ersatzpflichtig.

Ein Raubmord. In der Augsburger Straße 16 wurde in der letzten Nacht die 35jährige Pensionsinhaberin Emma Tsch[illegible] ermordet aufgefunden. Die Leiche zeigte eine Anzahl schwerer Stichwunden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde der Kaufmann Franz Walter verhaftet.

Lebensmittelkalender.

Pankow. 250 Gramm Fleisch, 35 Gramm amerikanische Schweinefleischprodukte.

Britz. Bis 5. Juli Kochmehl.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 5 im Monat Juli ein Päckchen Süßstoff (H-Packung).

Hennigsdorf. Sonnabend 70 Gramm Auslandsschmalz, 200 Gramm marinierte Heringe (B. S. 20).

Velten. ¼ Pfd. Butter (3), Kinder die Hälfte, ½ Pfd. marinierter Hering (2).

Vereine und Versammlungen.

(Erste Zeile 1 Mark, zweite Zeile 1,50 Mark. Aufnahmen nur bis zwei Zeilen zulässig.)

Zentralverband der Schuhmacher, Bezirk Nord. Versammlung Montag, 7. Juli, abends 7 Uhr, bei Henkel, Usedomstr. 18.

Brandenburgischer Maschinensetzerverein (Sitz Berlin). Verkehrsschwierigkeiten wegen fällt Vereinsversammlung am 6. Juli aus. Nächste Vereinsversammlung am 3. August.

Deutscher Monteur-Verband. Versammlung 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, Oswald Berliner, Brunnenstr. 140.

K. P. D. Arbeiterräte. Sonnabend, den 5. Juli, 8 Uhr morgens Fraktionssitzung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Die für heute festgesetzte Gaukonferenz im Gewerkschaftshause findet des Verkehrsstreiks wegen nicht statt.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten, Charlottenburg, Sesenheimer Straße 1. Die Mitglieder werden ersucht, Badekarten abzuholen 9—12 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Charlottenburg. Sonntag vormittag 9½ Uhr im Volkshaus, Rosinenstr. 4 (kl. Saal), Bezirksversammlung.

Aus den Organisationen.

Charlottenburg U. S. P. Montag abend 6 Uhr Vorstandssitzung, 7 Uhr kombinierte Sitzung der Funktionäre.

Wilmersdorf. Sonntag, morgens 9 Uhr, Hausagitation für Partei und für die Parteipresse. Treffpunkt zum Empfang des Materials um 9 Uhr in der „Freiheit"-Expedition, Augustastr. 60.

Mariendorf. Heute Sonnabend abend 8 Uhr Vorstands- und Bezirksführersitzung im Lokal Streiter.

Mariendorf. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, Vorstands- und Bezirksführersitzung im Lokal Streiter.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H. Berlin. — Druck: Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Henschel, Rostocker Straße 22, Moabit.

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stübner, Pankow, Westerlandstr. 18.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnh. Schönholz. Reinickendorf 3118.

Elektromotore Gleichstrom, Drehstrom kauft, tauscht, verkauft **J. Schönberger** Elektro-Industrie **Blumenstr. 100.** Alex. 1723

Spiralbohrer (neue) aus Werkzeug und Schnellstahl (konisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Gleimstraße 38 II. Fernruf Norden 10432. Geschäftszeit 2—7 Uhr.

Spiralbohrer usw. kauft dauernd jeden Posten zu allerhöchsten Preisen. Pesenecker, Neue Königstraße 38, Hof hint. links, a. Alexander Platz.

Spiralbohrer, Metalle, Quecksilber, Leitungsdrähte kauft laufend Klempnerei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Elektromotore, Kabel, Litzen kauft Hagedorn, Kochstr. 50/51. Telephon: Zentrum 12655.

Spiralbohrer, neue, kauft höchstzahlend, Bethke, Nazarethkirchstr. 52.

Verschiedenes

Rechtsrat! v. Harnier, Borsigstraße 11 (Stettiner Bahnhof). Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten. Ehescheidungs-, Alimenten-, Strafsachen! Gute Erfolge! 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungsgesuche. Viele Anerkennungen. Ratserteilung unentgeltl. Auch Sonntag vormittags.

Rechts-Auskunftei, Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Adalbertstr. 3 (Hausnummer beachten!) ist die Rechtsdetektei „Wahrheit". Ehescheidungen! Strafsachen! Rechtserfolge! Detektivreisen!

Detektivbureau. Beobachtungen, Ermittlungen, Ehescheidungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstrasse 4

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzl. ohne Stechen, Schneid narbenfrei selbst entfernte, Prospekt gratis. Sprechst. 3—7, Sonnt. 9—12. **Nitschke,** Charlottenburg, Kantstraße 60, nahe Bahnhof.

Landrichter außerdienstlich, Prozeßführung, Rechtsbeistand, Ermittelungen, Rat kostenlos. Lothringer Str. 47 (Rosenthaler Tor).

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Potsdamer Str. 27b.

Haut- und Harnarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof. Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 11—1. Erfolgreiche Behandlung

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffzugabe Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. 5

Achtung! Die Spedition Reck, Blankenburg ist zu SCHEER, Blankenburg, Bahnhofstr. 24a, verlegt.

Arbeitsmarkt

2 Botenfrau[en] für die Touren Maybachufer, Kottbuser ..., Bicknerstraße u. Fried... Parteibüro Neukölln.

Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens 4 Uhr, Sonnab. ... Uhr nachm. in der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben